E&W

Erziehung & Wissenschaft 05/2012
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Social Media
Was geht ab im Netz?

Foto: Gerald von Foris

DIRK VON GEHLEN

Web 2.0: Demokratie lernen

Es steckt tatsächlich eine Gefahr in dem, was man Social Media nennt. Sie liegt aber nicht in den neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die man unter diesen Oberbegriff fasst. Sie besteht vielmehr im Irrtum, es gebe auch „unsoziale Medien". Medien hatten schon immer einen sozialen Charakter. Es fehlten jedoch bisher die Chancen und Formen, ihn in der Form zu realisieren, die Twitter, Facebook (s. Glossar Seite 12) und der Dialogram Internet heute eröffnen.

Bereits 1845 beschrieb der Zeitungsforscher Robert Eduard Prutz Medien in einer Art, die schon allein in den gewählten Begriffen Tagebuch und Gespräch sehr nah an dem ist, was wir heute als Social Media bezeichnen. Prutz schrieb: „Der Journalismus überhaupt, in seinen vielfachen Verzweigungen und der ergänzenden Mannigfaltigkeit seiner Organe, stellt sich als das Selbstgespräch dar, welches die Zeit über sich selber führt. Es ist die tägliche Selbstkritik, welcher die Zeit ihren eigenen Inhalt unterwirft; das Tagebuch gleichsam, in welches sie ihre laufende Geschichte in unmittelbaren, augenblicklichen Notizen einträgt."

Theoretisch könnte man so auch die Mitsprache im sogenannten Web 2.0 charakterisieren. Praktisch handelt es sich allerdings um ein weitaus stimmgewaltigeres Selbstgespräch als zu Prutzens Zeit.

Dieser Unterschied zwischen Theorie und Praxis weist auch auf die größte Herausforderung dessen hin, was gemeinhin mit Social Network bezeichnet wird. Demokratische Gesellschaften gründen seit jeher auf der Maxime, dass eine Partizipation und Wortmeldung aller möglich sein muss. Nach Artikel 5 des Grundgesetzes darf sich deshalb jeder Bundesbürger Journalist nennen und seine Meinung in Wort und Bild verbreiten. Mit der Digitalisierung wird aus diesem theoretischen Versprechen tägliche Praxis, die gelernte Machtstrukturen in Frage stellt und Menschen eine Bühne gibt, die bisher zum Zuhören verdammt waren. Der amerikanische Jurist Lawrence Lessig spricht deshalb davon, dass sich unsere Gesellschaft von einer reinen Lese- zu einer Lese- und Schreibgesellschaft (Read-Write-Society) wandle. Diese Demokratisierung der Publikationsmittel wird gesellschaftlich aber vor allem dort gelobt, wo sie uns nur indirekt betrifft. Im Zusammenhang mit dem „Arabischen Frühling" spricht man selbstverständlich davon, im Westen hingegen fällt dafür stets das abwertende Wort der Amateurisierung. Der amerikanische Kulturkritiker Andrew Keen spricht von der „Stunde der Stümper".

Dabei sind die Stümper in Wahrheit nichts anderes als Bürgerinnen und Bürger, die mal stilvoll-gescheit, mal brachialdumm und unverantwortlich mit der neuen freien Meinungsäußerung umgehen. Es wäre aber ein unverzeihlicher Fehler, das Prinzip demokratischer Beteiligung deshalb in Frage stellen zu wollen, weil Menschen falsche oder unkluge Meinungen vertreten. Aus der Souveränität eines demokratischen Gemeinwesens heraus muss die Gesellschaft Wege finden, mit diesen neuen Chancen und Risiken der Netz-Kommunikation umzugehen. Denn was theoretisch richtig ist, wird nicht falsch, wenn es Praxis wird.

Medienkompetenz in Zeiten der Digitalisierung heißt deshalb in erster Linie: Demokratieschulung. Es bedeutet, eine Diskussionskultur zu lehren, diese aber eben auch selber zu erwerben, die sich an dem orientiert, was der Philosoph Jürgen Habermas eine „geglückte Kommunikation" genannt hat. Das heißt, vorbildliche Streitformen im digitalen Raum vorzuleben statt ihn zu stigmatisieren. Also: Wie widerspricht man maßvoll? Wie hält man Widerspruch aus? Und wie führt man eine konfrontative Debatte zu einer Lösung, die niemanden (ruf-)schädigt? Antworten auf diese Fragen kann nur finden, wer Vorbilder dafür kennengelernt hat. Diese fehlen heute vielfach noch. Darunter leidet auch der Tonfall so mancher Online-Debatte.

Dirk von Gehlen,
Diplom-Journalist, leitet bei der Süddeutschen Zeitung die Abteilung Social Media/Innovation

Schwerpunkt: Was geht ab im Netz? ab Seite 6

Foto: Manfred Vollmer

40 Jahre Radikalenerlass: Strukturfehler der BRD Seite 32

Foto: Sarah Holze

Amokdrohung: Alleine mit der Verantwortung ab Seite 38

Foto: Monika Müller

Prämie des Monats Seite 5

Inhalt

Gastkommentar
Web 2.0: Demokratie lernen Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Was geht ab im Netz?
1. Wollen wir Facebook-Freunde sein? Seite 6
2. Interview mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz in Rheinland-Pfalz, Edgar Wagner: Man darf guten Gewissens tricksen Seite 9
3. Die digitale Gesellschaft und ihre Feinde Seite 10
4. Web 2.0-Glossar: Blogs, Wikis, Twitter & Co. Seite 12
5. Keine „Schnüffelsoftware“ an Schulen Seite 14
6. Interview mit dem Medienrechtler Wolfgang Schimmel: „Kein Medium wurde je so stark kontrolliert wie das Internet heute“ Seite 15
7. Apple-Konzern drängt auf den Bildungsmarkt: iPad statt Lehrbuch Seite 18
8. Hochschulen mischen mit im Web 2.0 Seite 20

Wirtschaftspolitik
1. Fiskalpakt: Schuldenbremse für Europa Seite 24
2. GEW-Kommentar: Für ein sozialeres Europa! Seite 25

Bildungspolitik
1. Interview mit dem Bildungsforscher Georg Lind: „Schafft den täglichen Notenterror ab“ Seite 22
2. Länderserie – Bremen: Rot-grüne Reformbaustellen Seite 26
3. Bildungspaket: Ineffizienter Gesetzesmurks Seite 28

Berufliche Bildung
Junge Migranten: Im Betrieb oft nicht erwünscht Seite 30

GEW-Intern
Jetzt bewerben: Deutscher Personalrätepreis 2012 Seite 31

Gesellschaftspolitik
1. 40 Jahre Radikalenerlass: Strukturfehler der Bundesrepublik Seite 32
2. DGB-Index Gute Arbeit: Wenn Arbeitsstress grenzenlos wird Seite 35

Tarifrunde 2012
Tarifabschluss mit Bund und Kommunen: Deutliche Gehaltserhöhung Seite 36

Schule
1. Amokdrohung: Alleine mit der Verantwortung Seite 38
2. Interview mit der Schriftstellerin Ines Geipel: „Die Schulen können viel machen“ Seite 40

Hochschule
Fachhochschulen: Gleich aber doch anders Seite 41

Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Interview mit der Netzwerk-Sprecherin Faire Metropole Ruhr, Vera Dwors: „Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren“ Seite 42

Leserforum Seite 44

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 64. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzender: Ulrich Thöne
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon (069) 78973-0, Telefax (069) 78973-202, renate.koerner@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH,
Goldammerweg 16, 45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (0201) 84300-0,
Telefax (0201) 472590, anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de,
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. 5. 2012,
Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Cartoonist Thomas Plaßmann ausgezeichnet

Der hochgeschätzte „Männlein-Maler“ der E&W, dem die Zeitschrift viele witzige, politisch treffende Cartoons verdankt, Thomas Plaßmann, erheitert täglich auch die Leserinnen und Leser von Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung mit seinem typischen feinen Strich. Mit bissigem Humor, scharfer Ironie kommentiert der Zeichner aus Essen das politische Tagesgeschäft. Nun ist er bei der Vergabe des „Deutschen Preises für die politische Karikatur“ gleich für drei Arbeiten ausgezeichnet worden. „Herr Baron“ siegte in der Kategorie „Künstlerischer Strich“.

Foto: privat

Thomas Plaßmann

Herzlichen Glückwunsch, Thomas Plaßmann!

Islamkonferenz: kein gemeinsamer Auftritt

Es war ein Treffen ohne Eklat – aber auch ohne gemeinsamen Auftritt. Traten Innenminister und Vertreter der Muslime nach den Sitzungen der Islamkonferenz bisher stets zusammen vor die Presse, kam Hans-Peter Friedrich (CSU) diesmal alleine. „Aus rein organisatorischen Gründen“, wie er behauptete – aber sehr zum Missfallen beispielsweise des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat. Er musste auf der Straße in die Kameras sprechen. Zentrales Ergebnis der 6. Islamkonferenz: eine schriftliche Erklärung muslimischer Verbände zu Zwangsheirat und häuslicher Gewalt. Zwangsehe und Gewalt in der Familie seien „absolut inakzeptabel“ und verstießen gegen „fundamentale Menschenrechte“, die auch in Deutschland „leider noch häufig missachtet werden“, heißt es. Die Erklärung stellt allerdings auch klar, dass beides weniger im Islam begründet sei und mehr auf traditionell-patriarchalischen Strukturen basiere. Ebenfalls nicht religiös, sondern herkunftsbedingt, so eine weitere Feststellung, seien die Schwierigkeiten von Muslimen auf dem Arbeitsmarkt. Hier seien es vor allem die Vorurteile deutscher Arbeitgeber, die vielen Muslimen den Zugang zu Ausbildung und Job erschwerten (s. S. 30).

jago

Europäische Aktionstage

Die GEW begrüßt die Initiative der Europäischen Aktionstage, die vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt am Main stattfinden und zum Protest gegen den europäischen Fiskalpakt aufrufen. Die Aktivitäten werden von einem breiten Bündnis getragen, dem unter anderem attac, Occupy-Aktivisten und Gewerkschaften angehören. Als Teil der europäischen Gewerkschaftsbewegung lehnt die GEW das undemokratische Diktat der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds ab (s. Seiten 24/25) ab. Sie kritisiert die Vorherrschaft der Finanzmärkte und macht sich für ein soziales Europa stark. Die Bildungsgewerkschaft schlägt unter anderem vor:

- Finanzmärkte wirksam zu regulieren und den Nährboden für Spekulationen auszutrocknen sowie auf sogenannte „systemrelevante“ Banken zu verzichten.
- Ein langfristiges Programm für zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen, damit die Staaten Europas nachhaltig ihre wirtschaftliche Basis sichern können.
- Ausgaben und Anstrengungen im Bildungsbereich zu verbessern.
- Demokratische Selbstbestimmung in den Staaten der EU zu stärken.

Weitere Informationen unter www.gew.de/Eurokrise.html sowie www.blockupy-frankfurt.org

Abschied vom Protokollanten der Bildungsgewerkschaft:

In der GEW-Hauptvorstandssitzung am 16./17. März in Göttingen verabschiedete die Leiterin des Arbeitsbereichs Frauenpolitik, Anne Jenter, Karl Manderla. Sie dankte ihm für seine langjährige verdienstvolle Arbeit, mit der er sowohl die Geschichte der GEW als auch die beruflichen und persönlichen Schicksale der Kolleginnen und Kollegen in feingestochener Eilschrift zu Papier gebracht hat. Krieg und Gefangenschaft haben Manderlas Lebenslauf geprägt. Aber er ließ sich nie entmutigen, absolvierte eine Ausbildung zum Fachlehrer für Kurzschrift und Maschinenschreiben in Fernlehrgängen, war später Religionslehrer, schließlich Leiter der VHS Baunatal. Last but not least – seit seinem Eintritt in die GEW 1962 – machte er die „Ochsentour“ durch verschiedene Gewerkschafts- und Personalratsgremien. Seinen positiven und auf Ausgleich bedachten Blick hat er stets bewahrt. Standing ovations und Blumen für den „Eckermann“ der GEW: herzlichen Dank, Karl!

Foto: Ulrich Hinz

GEW-Vorstandsmitglied Anne Jeuter und Karl Manderla

Mitmachen lohnt sich …

… für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier Kinogutscheine.

Prämie des Monats Mai:

vier CinemaxX-Kinogutscheine

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern unter www.gew.de/Praemienwerbung.html

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Mai 2012/Kinogutscheine

„Facebook ist für mich ein Werkzeug, das mir viel Zeit und Frust erspart“, sagt Jan-Martin Klinge. Der Lehrer für Mathe und Physik aus Siegen hat sich für die „Netz-Freundschaft“ mit Schülern entschieden.

Wollen wir Facebook-Freunde sein?

// Unterricht, Beratung, Diskussion – online: Vielerorts treffen sich Lehrkräfte und Schüler auch nach der Schule – auf Facebook. //

8. Klasse, Englischstunde, eine Realschule in Baden-Württemberg. Jörg Schofer behandelt englische Grammatik. Unregelmäßige Verben, Pronomen, Präpositionen. Normaler Schulalltag. Am Abend aber geht der Unterricht des 28-Jährigen weiter. Im sozialen Netzwerk Facebook trifft sich Schofer ein zweites Mal mit seinen Schülerinnen und Schülern. In einer eigenen Facebook-Gruppe sprechen sie über Übungsaufgaben und Videos auf YouTube. Termine und Hausaufgaben stehen hier, Links zu Grammatik-Videos kommen per Direktnachricht: Schofer ist einer von vielen Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland, die die Internet-Plattform für ihren Unterricht nutzen. Laut einer Befragung des Branchenverbandes Bitkom* meint etwa die Hälfte der Lehrkräfte, dass Online-Diskussionen unter Schülerinnen und Schülern dem Unterricht gut tun könnten. Auch könne die „Freundschaft“ mit Schülern persönliche Beziehungen stärken und neue Unterrichtsformen ermöglichen, sind nicht wenige Pädagogen überzeugt. Besonders das Netzwerk Facebook gewinnt an Bedeutung. Im Frühjahr dieses Jahres waren dort über 26 Millionen Deutsche angemeldet. Einstigen

Konkurrenten wie SchülerVZ hat der US-Anbieter längst den Rang abgelaufen. Doch Dienste wie Facebook stellen Lehrende auch vor neue Herausforderungen. Sie müssen z. B. private und berufliche Kontakte im selben Netzwerk verwalten. Dazu kommen Datenschutzbedenken und die Befürchtung, dass Schüler etwa private Urlaubsbilder kommentieren könnten. Eine Frage beschäftigt deshalb viele Pädagogen, die Facebook nutzen: Freundschaft mit Lernenden – ja oder nein?

Wie ein Telefonbuch

Einer, der sich für die „Netz-Freundschaft" mit Schülern entschieden hat, ist Jan-Martin Klinge. „Facebook ist für mich ein Werkzeug, das mir viel Zeit und Frust erspart", sagt der 30-jährige Mathematik- und Physiklehrer aus Siegen. Auf seiner Facebook-Seite meldeten sich seine Schüler krank oder stellten Fragen zu den Hausaufgaben. Dass Facebook ein Zeitfresser sei, hält Klinge für ein Vorurteil. Nicht mehr als 20 Minuten pro Woche verbringt er im Netzwerk. Die Chatfunktion hat er abgestellt. „Facebook ist für mich nur ein Telefonbuch", sagt er. Ein Telefonbuch, in dem sich allerdings immer mehr Schüler tummeln. Einer weiteren Bitkom-Studie zufolge nutzten bereits im Frühjahr 2011 drei Viertel aller Jugendlichen ein soziales Netzwerk**. Die klassische E-Mail sei für Jugendliche inzwischen weniger relevant geworden, berichten Lehrkräfte. Martin Müsgens von der EU-Initiative klicksafe will Pädagogen deshalb nicht grundsätzlich von Facebook abraten. „Wie man allerdings als Lehrer mit Freundschaftsanfragen von Schülern umgehen soll, kann nicht pauschal beantwortet werden."

Dass sich Privates und Berufliches auf Facebook vermischen, ist den meisten Lehrkräften bewusst. Sie haben Wege gefunden, diese Bereiche zu trennen. „Meine Urlaubsbilder sollen die Schüler nicht sehen", betont Jörg Schofer. Deshalb sortiert er seine Schüler in eigens angelegte Listen. So erhalten sie keinen Zugang zu seinen privaten Fotos oder Kommentaren.

Persönliche Angriffe kommen im Netzwerk zwar vor, sind aber selten. Als eine Schülerin durch ihre Abschlussprüfung fiel, stand nur wenig später „Sie Hurensohn!!" auf der Pinnwand ihres Lehrers. Eine Ausnahme im Facebook-Alltag? Häufiger sollen komische Momente sein: „Nachmittags wird über meinen langweiligen Unterricht gelästert. Da schmunzle ich eher drüber", berichtet ein anderer Pädagoge.

Richtlinien, wie Lehrende mit Facebook umgehen sollen, gibt es von staatlicher Seite aus bislang nicht. „Für Lehrer gibt es auf Facebook aber klare Regeln, auch ohne Leitlinien", erklärt Carsten Reichert. Der 28-Jährige ist Referendar an einem Gymnasium in Aschaffenburg. Mit über 100 seiner Schülerinnen und Schüler ist er auf Facebook befreundet. Selbst verschickt hat Reichert hingegen keine einzige Freundschaftsanfrage. „Ein Schüler wäre dazu gezwungen, meine Einladung anzunehmen. Täte er es nicht, müsste er ja vielleicht Angst haben, in Zukunft schlechter behandelt zu werden", so Reichert.

Bei der EU-Initiative klicksafe hält man landesweite Richtlinien für unnötig. „Jede Schule ist unterschiedlich und hat eine andere Schülerstruktur", sagt Referent Martin Müsgens. Er rät den Schulen dazu, Richtlinien zur Mediennutzung kontinuierlich gemeinsam mit den Schülern zu erarbeiten, etwa in einer Projektgruppe „Medien". Diese Regeln sollten aber nicht in Stein gemeißelt sein: „In einem halben Jahr kann sich viel verändern."

Eine Stunde online täglich

Das Kollegium der Karlschule in Hamm hat sich bereits eigene Richtlinien gegeben. Lehrerinnen wie Marie-Theres Johannpeter dürfen dort nur über ein zweites Facebook-Profil mit ihren Schülern kommunizieren. Die 28-jährige Hauptschullehrerin schätzt die virtuelle Schüler-Lehrer-Freundschaft, weil die ihr „den Blick hinter die Kulissen" ermögliche. Wie geht es den Schülern? Was können sie während des Schulalltages nicht mitteilen? Viele ihrer über 250 Schüler-Freunde nehmen das Angebot wahr. Dafür nimmt Johannpeter in Kauf, jeden Tag etwa eine Stunde online zu sein – manchmal auch doppelt so lange. Diese Zeit nimmt sie sich freiwillig, obwohl sie auch noch Unterricht vorbereiten muss. Die Stunden auf Facebook seien aber gut investiert, findet sie. „Facebook macht es einfacher, Sorgen oder Ratschläge zu besprechen", so Johannpeter. Auffälligkeiten oder Probleme klärt sie aber nach wie vor im persönlichen Gespräch. „Facebook kann allerdings den Erstkontakt dafür erleichtern", ist Johannpeter überzeugt. Ilse Schaad, beim GEW-Hauptvorstand verantwortlich für Angestellten- und Beamtenpolitik, hat nichts dagegen, dass Lehrende das Netzwerk Facebook zur Ergänzung ihres Unterrichtes verwenden. „Wie Lehrerinnen und Lehrer ihre disponible Zeit nutzen, ist allein ihre Entscheidung", so Schaad. Die Lehrenden dürften einzig keine Unterrichtszeit in das Netzwerk verlagern. Sie müssten zudem darauf achten, keine urheberrechtsgeschützten Inhalte wie Videos von Schulbuchverlagen bei Facebook einzustellen (s. Seiten 16 – 19).

Obwohl sich viele Pädagogen vorstellen können, soziale Netzwerke im Unterricht einzusetzen, macht das der Bitkom-Erhebung* zufolge bislang nur etwa jeder zehnte im Unterricht. Die

Tipps für Facebook-Nutzer

www.klicksafe.de ist eine EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz, informiert u. a. über Privatsphärenschutz im Internet.

www.saferinternet.at gibt Informationen über Datenschutz, Jugendschutz, soziale Netzwerke etc.

www.schuelervz.de/L/parents – auf dem Netzwerk SchülerVZ erhalten Lehrkräfte und Eltern Infos und Unterrichtsmaterialien zur Medienkompetenzvermittlung in der Schule.

GEW-Broschüre „Schöne neue Medienwelt" unter: www.gew.de/Binaries/Binary39679/081218_GEW-Medienwelt_final.pdf

Fotos: Manfred Vollmer

häufigsten Nutzer sind Lehrerinnen und Lehrer unter 40 Jahren (16 Prozent) sowie Realschullehrkräfte (14 Prozent).

Notbremse gezogen

Einer, der sich bewusst gegen Facebook im Unterricht entschieden hat, ist René Wallich. Der 32-Jährige ist Gymnasiallehrer in Schleswig-Holstein. Er fürchtet, durch die Facebook-Freundschaft mit Schülerinnen und Schülern seine professionelle Distanz und Neutralität zu verlieren. Ein Argument gegen Facebook wiegt für Wallich am schwersten: die Anonymität. „Wenn ein Schüler mir eine persönliche Nachricht schickt, weiß ich nie sicher, dass hinter diesem Namen tatsächlich der Schüler steckt“, gibt er zu bedenken.

Bei Thomas Kuban kam die Einsicht später. Auf über 600 „Facebook-Freunde“ brachte es der Realschullehrer aus Franken, die meisten davon Schüler. Dann zog er die Notbremse und löschte sein Profil. „Facebook hat zu viel Zeit gefressen und mich überfordert“, erinnert sich der 42-Jährige. Inzwischen hat Kuban sich wieder angemeldet. Weil in seiner Abschlussklasse gelegentlich Unterricht ausfällt, versorgt er die Schüler über Facebook mit Musteraufsätzen und Aufgaben.

Oft sind Beobachtungen auf der Plattform Anlass, im Unterricht Datenschutz und Privatsphäre im Netz zu thematisieren. „Bist du sicher, dass ich das sehen soll?“, hat der Gesamtschullehrer Jan-Martin Klinge schon unter Partyfotos seiner Schüler geschrieben.

Die meisten Pädagogen, die Netzwerke wie Facebook bereits jetzt verwenden, wissen um die Grenzen und Risiken der Dienste. Sie sehen darin lediglich ein ergänzendes Element für den Unterricht. „Facebook ist für mich ein guter, zusätzlicher Weg, mit meinen Schülern zu kommunizieren“, betont etwa Jörg Schofer. Persönliche Gespräche führt auch er noch immer lieber unter vier Augen.

Hinzu kommt, dass nicht alle Schüler auf Facebook angemeldet sind. „Auf keinen Fall dürfen Lehrkräfte Schüler deshalb benachteiligen“, unterstreicht Jan-Martin Klinge. Vor allem dürfe man die Bedeutung von Facebook für den Unterricht nicht überbewerten. „Für den Großteil der Schülerinnen und Schüler heißt Facebook einfach, Kontakt zu halten“, stellt Klinge fest. „Schüler wollen viele Facebook-Freunde haben – da ist eine Freundschaftsanfrage an ihre Lehrer vielleicht einfach ein Automatismus.“

Jakob Schulz,
freier Journalist

Foto: Mathias Thurm

René Wallich, Gymnasiallehrer aus Schleswig-Holstein, hat sich bewusst gegen Facebook im Unterricht entschieden. Ein Argument wiegt für ihn am schwersten: die Anonymität. „Ich weiß nie sicher, ob hinter dem Namen einer Schülernachricht tatsächlich auch der Schüler steckt.“

***Studie Schule 2.0 (2011)**
www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Publikation_Schule_2.0.pdf
****Studie Jugend 2.0 (2011)**
www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Studie_Jugend_2.0.pdf

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Man darf guten Gewissens tricksen

// **Interview mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz in Rheinland-Pfalz, Edgar Wagner** //

E&W: Viele Lehrkräfte nutzen Facebook. Können sie auch mit Schülerinnen und Schülern Facebook-Freunde werden?

Edgar Wagner: Ich finde solche Freundschaften problematisch. Besonders, dass für Schüler dann private Informationen zugänglich sein können. Umgekehrt habe ich auch Probleme damit, dass Lehrkräfte einen freien Blick auf alles haben, was ihre Schüler privat bewegt. Ich weiß allerdings von Pädagogen, dass sie manche Jugendlichen nur noch über Facebook erreichen können. Diese Möglichkeit darf man ihnen nicht nehmen.

E&W: Eine Freundschaftsanfrage ist im Posteingang. Wie kann ein Pädagoge wissen, dass tatsächlich der Schüler dieses Namens dahintersteckt?

Wagner: Wenn sich jemand mit mir in Verbindung setzt, weiß ich nicht, ob das sein richtiger Name ist oder nur ein Fake. Oder ob es jemand ist, der im Auftrag eines anderen handelt. Das kann ich erst im Laufe einer Kommunikation herausfinden. Unter anderem deshalb rate ich Lehrkräften von einer beruflichen Facebook-Nutzung ab, sofern keine pädagogische Notwendigkeit besteht.

E&W: Wie verhindert man als Lehrkraft, dass Schüler persönliche Dokumente lesen können?

Wagner: Wenn man nur ein Profil für Privates und Berufliches nutzt, muss man auf die richtigen Privatsphäre-Einstellungen achten. Man kann Schüler in Listen eintragen, damit sie nicht alles einsehen können. Oder für einzelne Klassen auch geschlossene Gruppen auf seiner Facebook-Seite einrichten. Eine andere Möglichkeit ist, sich für pädagogische Zwecke ein zweites Facebook-Profil zuzulegen.

E&W: Aber ein Zweitprofil ist ein Verstoß gegen Facebook-Regeln.

Foto: Datenschutz Rheinland-Pfalz

Edgar Wagner ist seit 2007 Landesbeauftragter für den Datenschutz in Rheinland-Pfalz: „Man sollte genau wissen, worauf man sich einlässt."

Wagner: Wir empfehlen den Jugendlichen auch, keine Klarnamen zu verwenden. Auch das ist schon ein Verstoß gegen die Richtlinien. Das fällt aber wahrscheinlich gar nicht weiter auf. Facebook verfolgt und sanktioniert so etwas nur in Extremfällen. Ob das Zweitprofil allerdings der eine, richtige Weg ist, weiß ich nicht. Er wird aber von vielen Pädagogen erfolgreich beschritten.

E&W: Darf man denn guten Gewissens tricksen?

Wagner: Ja. Generell empfehle ich den Nutzern aber: Geht da raus. Dafür müsste es allerdings eine gute Alternative zu Facebook geben. Das ist leider zurzeit nicht der Fall. Deshalb raten Datenschützer: Wenn ihr schon bei Facebook angemeldet seid, geht zumindest bewusst damit um.

E&W: Welche Gefahren gibt es trotz schützender Privatsphäre-Einstellungen?

Wagner: Alle Daten, die zwischen Lehrkräften und Schülern hin und her wechseln, werden gespeichert und wirtschaftlich genutzt. Ich frage mich: Inwieweit darf der Staat, wenn er pädagogische Aufgaben wahrnimmt, solche privatwirtschaftlichen, hochproblematischen Angebote nutzen?

Es geht dabei nicht nur um individuelle Probleme, die mit dem Netzwerk verbunden sind. Den Pädagogen muss klar sein, dass Facebook auch ein gesellschaftspolitisches Problem ist. Die Plattform ist eine relativ unkontrollierte Einrichtung von fast einer Milliarde Menschen. Größer als die meisten Staaten der Erde, mit einem Vielfachen an Wissen über seine Nutzer. Wenn man Facebook schon als pädagogisches Instrument einsetzt, sollte man genau wissen, worauf man sich einlässt.

E&W: Soll man Datenschutz und Facebook im Unterricht stärker thematisieren?

Wagner: Ich halte das für sinnvoll, aber es passiert noch viel zu selten. In Rheinland-Pfalz bilden wir deshalb Medienscouts aus, die an den Schulen Workshops anbieten. Solche Angebote können wir aber nur für eine Übergangszeit machen. Irgendwann müssen das die Kollegien übernehmen. Dazu sind viele Schulen momentan aber noch nicht gerüstet. Daher ist es sehr problematisch, einerseits nicht ausreichend Medienkompetenz vermitteln zu können, andererseits aber ganz forsch das soziale Netzwerk in der pädagogischen Arbeit einzusetzen.

E&W: Was sollten Lehrkräfte ihren Schülern über den Umgang mit Facebook beibringen?

Wagner: Geht nicht mit eurem Klarnamen, sondern mit einem Pseudonym in die Netzwerke. Nutzt die Privacy-Optionen, lasst persönliche Angaben nur eure Freunde sehen. Beschränkt euch bei der Zahl eurer Freunde. Seid vorsichtig auch bei der Auswahl von Fotos. Und sagt nichts über eure Hobbys oder politischen Interessen. Facebook ist kein Jugendclub. Hier ist Gott und die Welt.

Interview: Jakob Schulz,
freier Journalist

Die digitale Gesellschaft und ihre Feinde

Fotos: zplusz

// Wenn man die Diskussion um eine stärkere Regulierung des Internets näher betrachtet, stößt man schnell auf scheinbar unüberwindbare Grundsatzkonflikte. //

Von Seiten – meist konservativer – Innenpolitiker wird das Netz als „rechtsfreier Raum" bezeichnet; es wird in steter Regelmäßigkeit gefordert, es stärker zu regulieren und eine Infrastruktur zu schaffen, die den Zugang zum Netz spürbar einschränkt. Auf der anderen Seite erleben wir einen sagenhaften Popularitätszuwachs bei der Piratenpartei, deren politische Kernthese die absolute Freiheit des Internets ist.

Ist das Netz ein rechtsfreier Raum? Natürlich nicht. Das Netz ist zwar eine virtuelle Parallelwelt, in dieser gelten jedoch genau die gleichen Gesetze, die auch in unserer realen Welt gelten. Wer im Netz Straftaten begeht, wird dafür von ganz realen Behörden verfolgt und von einem ganz realen Gericht abgeurteilt. Dies betrifft nicht nur schwere Straftaten, sondern auch Nötigung, Beleidigung und üble Nachrede. So ist beispielsweise jeder Blogger oder Forenbetreiber gesetzlich dazu verpflichtet, sich nicht nur selbst an die Gesetze zu halten, sondern hat auch darauf zu achten, dass seine Kommentatoren dies tun. Vernachlässigt er diese Pflicht, kann er selber haftbar gemacht werden. In diesem Punkt unterscheidet die Rechtsprechung den Anbieter einer virtuellen Diskussionsplattform nicht von einem Zeitungsredakteur, der für veröffentlichte Leserbriefe ebenfalls juristisch verantwortlich zeichnet. Es ist auch nicht so, dass diese Form der Selbstkontrolle nicht funktionieren würde; natürlich gibt es immer wieder Fälle, bei denen die Selbstkontrolle versagt und es zu strafrechtlichen Verfahren kommt – dies sind jedoch seltene Ausnahmen.

Kein „rechtsfreier Raum"

Die Theorie vom „rechtsfreien Raum" ist eine Mär, die immer dann aus dem Phrasenbaukasten gezaubert wird, wenn es darum geht, die Freiräume im Netz zu beschneiden. Das Netz ist nur eine technische Infrastruktur, die Inhalte sind jedoch ein Spiegelbild seiner Nutzer. Die vermeintliche Anonymität gegenüber anderen Nutzern verleitet freilich auch viele Netzbewohner, am virtuellen Stammtisch in einer Art und Weise über die Stränge zu schlagen, die man im realen Leben nicht erwarten würde. In einer Bahnhofsspelunke herrscht auch ein anderer Umgangston als im feinen Teesalon. Sicher käme aber kein Innenpolitiker auf die Idee, vor der Bahnhofsspelunke Eingangskontrollen durchzuführen.

Büchse der Pandora

Damit die Selbstkontrolle funktionieren kann, ist es notwendig, das Medium verantwortungsvoll zu nutzen. Allerdings: Vorkommnisse, wie der Ruf nach Lynchjustiz gegen einen unschuldigen Verdächtigen jüngst auf Facebook im Umfeld des Kindermordes in Emden, lassen sich auch durch strengere Regulierungen nicht unterbinden. Es ist wie mit der Büchse der Pandora – sind die Möglichkeiten des freien Gedankenaustauschs erst in der Welt, gibt es kein Zurück mehr. Würde man Facebook zensieren, wäre es nur eine Frage der Zeit, bis ein Alternativangebot ohne Zensur die Rolle übernehmen würde. Statt zu verbieten und zu regulieren, sollte man Jugendliche daher auch zu allererst auf einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Medium vorbereiten. Alles andere ist ohnehin zum Schei-

tern verurteilt – ob wir das nun gut finden oder nicht.

Schwieriger wird es freilich, wenn es um gesellschaftlich nicht tolerierbare Dinge geht, die im Netz stattfinden. Sei es Kinderpornografie, rechtsradikales Gedankengut oder auch die systematische Verletzung von Urheberrechten durch kommerzielle Anbieter – es wäre töricht, diese Dinge zu verharmlosen.

Ein Problem des Netzes ist auch seine Internationalität. So gibt es beispielsweise in den USA nicht den Straftatbestand der Holocaustleugnung. Wenn ein Anbieter eines rechtsradikalen Forums sich also die USA als rechtliche Zuflucht für seine Inhalte sucht, können deutsche Behörden dieses Forum nicht so ohne weiteres schließen, da ja kein amerikanisches Gesetz verletzt wurde. Was jedoch bereits seit langem getan wird, ist, die deutschen Nutzer von solchen Foren fernzuhalten. Sämtliche Suchmaschinen filtern die Ergebnisse auf nationaler Basis nach Straftatbeständen. Dies führt dazu, dass das rechtsradikale Forum in den USA zwar weiter betrieben

werden kann, deutsche Nutzer jedoch über die großen Suchmaschinen nicht auf diese Seite stoßen können, da sie in der von Juristen und Netzaktivisten betriebenen Filterliste der Organisation *Chilling Effects* geführt wird.

Streng genommen zensiert Google also auch in Deutschland. Diese Filterung zu unterlaufen, ist zwar für technisch versierte Nutzer kein allzu großes Problem, aber auch staatlich betriebene Zugangskontrollen lassen sich ohne Probleme aushebeln. Wer seine Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll schützen will, muss den Zugang zu Rechnern im Ausland komplett unterbinden. So weit gehen jedoch noch nicht einmal Diktaturen, und es gibt auch unzählige internationale Regelungen, die dies nicht gestatten.

Unabhängig davon beherbergt jegliche Verschärfung der Regularien die Gefahr, missbräuchlich eingesetzt zu werden. Welche Inhalte sind beispielsweise verfassungsrechtlich zu beanstanden? Eine Antwort könnten vielleicht die hohen Richter in Karlsruhe geben. In der täglichen Praxis entscheiden jedoch nicht sie, sondern die Behörden, die den Innenministern unterstellt sind, welche ja sogar die Linkspartei für derart gefährlich halten, dass man sie durch den Verfassungsschutz überwachen lassen muss. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, sie ist zu wichtig, um sie in die Hände regulierungswütiger Politiker zu geben.

Montesquieu sagte einst: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen."

Jens Berger,
Autor und Redakteur der „Nachdenkseiten", www.nachdenkseiten.de

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Meine Empfehlung: Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. **www.sparda.de**

Kundenmonitor® Deutschland 2011 Platz 1 Sparda-Banken (Platz 1 von 1993-2011) Kundenzufriedenheit bei Banken und Sparkassen unter 8 ausgewiesenen Instituten

Sparda-Banken freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,– Euro mit attraktiver Dividende.

☒ **Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.**

ÖD 5

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach: Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon (tagsüber)

Blogs, Wikis, Twitter & Co.

// Wer im Netz unterwegs ist, sollte sich auskennen. Das Web-2.0-Glossar soll dabei hilfreich sein. //

Blog

Blogs haben in der Regel bestimmte Charakteristika: Ein Beitrag besteht aus einem Titel und dem Inhalt. Darunter gibt es meist eine Möglichkeit zum Kommentieren. Die Beiträge sind in der Regel chronologisch angeordnet. Blogs können z. B. für das eigene Tagebuch genutzt werden.

Hashtag

Verkürzt auch „Tag“ genannt, lässt sich am besten mit „Schlagwort“ übersetzen. Um die Informationssuche im sozialen Netz zu erleichtern, einigt man sich meist, einen aussagekräftigen Hashtag zu einem Thema zu verwenden. Die Kennzeichnung der Hashtags durch das Raute-Symbol „#“ wurde vom Microblogging-Dienst Twitter eingeführt.

Podcast

Ein Podcast ist am ehesten als ein Audio-Blog zu beschreiben. Eine MP3-Audio-Datei wird über einen RSS-Feed (s. u.) ausgeliefert und so automatisch auf den eigenen Rechner oder das Smartphone übertragen. Als Podcaster bezeichnet man Menschen, die als private Radiomacher unabhängig Sendungen produzieren.

RSS

RSS ist ein Format, um Inhalte automatisiert zu liefern. Im Gegensatz zum Besuch von Webseiten, zu denen man pro-aktiv hinsurfen muss, liefern RSS-Feeds Inhalte automatisch z. B. in einen RSS-Reader.

Shitstorm

Im Internet mischt sich die sachliche Kritik an bestimmten Themen oder Personen oft mit emotionalen Reaktionen einzelner, die sich in ausfälliger oder beleidigender Sprache zu einem Thema äußern. Durch die erhöhte mediale Aufmerksamkeit kann sich dieses Verhalten zu einem „Sturm“ aufschaukeln, daher der Begriff „Shitstorm“.

Social Network

Ein „Social Network“ (auf deutsch „Soziales Netzwerk“) ist in der Regel eine geschlossene Plattform. Charakteristisch ist eine Profilseite, auf der sich ein Nutzer mit Bild, Kontaktdaten und Interessen präsentiert. Nutzerprofile vernetzen sich wiederum, indem man sich „befreundet“ bzw. „Kontakte knüpft“. In der Regel wird man von den Aktivitäten „befreundeter“ Nutzer in der Timeline (s. u.) informiert.

Facebook

Das bekannteste Soziale Netzwerk ist Facebook mit rund 25 Millionen Nutzern in Deutschland – weltweit über 800 Millionen. Das Prinzip wurde in Deutschland bekannt über StudiVZ. Zusammen mit den Ablegern SchülerVZ und MeinVZ wird StudiVZ mittlerweile unter dem Begriff VZ-Netzwerke zusammengefasst. Daneben gibt es auch einige auf berufliche Kontakte spezialisierte Soziale Netzwerke. Das bekannteste deutsche ist dabei Xing.

Timeline

Eine Timeline beschreibt einerseits die Inhalte eines Nutzers, andererseits werden hier wiederum alle Inhalte von „Freunden“, „Kanälen“ bzw. anderen Sendern angezeigt, denen man in einem sozialen Netzwerk „folgt“. Ein Charakteristikum für eine Timeline ist immer der chronologische Aufbau: Der neueste Beitrag steht immer zuoberst.

Troll

Der Begriff Troll bezeichnet im Netzjargon eine Person, die Kommunikation im Internet fortgesetzt und auf destruktive Weise dadurch behindert, dass sie Beiträge verfasst, die sich auf die Provokation anderer Gesprächsteilnehmer beschränken und keinen sachbezogenen und konstruktiven Beitrag zur Diskussion darstellen.

Twitter

Twitter ist eine Mischung aus sozialem Netzwerk und Microblogging. Begrenzt auf 140 Zeichen kann man Nachrichten, Bilder oder Links an seine „Follower“ schicken. Gleichzeitig kann man anderen Menschen „folgen“. Daraus spinnt sich ein großes Netzwerk unterschiedlicher Sender. Twitter ist ein Beispiel für „Echtzeitkommunikation“. Ein Tweet ist eine Twitter-Nachricht in 140 Zeichen.

Web 2.0

Unter dem Begriff „Web 2.0“ – ein Synonym ist „Social Media“, auch „Soziale Medien“ genannt – wird seit einigen Jahren alles zusammengefasst, das nutzergenerierte Inhalte („User Generated Content“) enthält. Das reicht von Blogs über Soziale Netzwerke bis hin zu Wikipedia.

Wikis

Ein Wiki ist ein System, in dem Nutzer Seiten und Inhalte nicht nur lesen, sondern auch selber ändern können. Das bekannteste Wiki ist Wikipedia. In dieser Enzyklopädie arbeiten unzählige Menschen weltweit zusammen, um „das Wissen der Welt“ zu sammeln. Wikis können selber auf einem eigenen Server eingesetzt werden, beispielsweise um Projekte zu dokumentieren. Es gibt aber auch zahlreiche Plattformen, die Wikis werbefinanziert zur Verfügung stellen.

YouTube

Auf YouTube können Videos hochgeladen und angeschaut werden. Angemeldete Nutzer können eigene Videos hochladen und ihrem Kanal zufügen, andere Videos in ihrem Kanal empfehlen oder Kanäle anderer Nutzer abonnieren.

Das Glossar hat Markus Beckedahl zusammengestellt,
Redakteur von www.netzpolitik.org

www.netzpolitik.org

[1] Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
[2] Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto
[3] Nur Hauptkarten; Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft

Neu vereinbart für GEW-Mitglieder!

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto inkl. BankCard[1] für den öffentlichen Sektor

- **50,– Euro für GEW-Mitglieder bei Kontoeröffnung[2]**
- 0,– Euro Kreditkartendoppel Classic VISA Card/MasterCard®[1][3]
- Günstiger Abruf-Dispokredit[1] bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

+ die vielen weiteren Mehrwerte des Bezügekontos

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder Telefon 0 800/40 60 40-160 (kostenfrei)
www.gew.de/Leistungen_fuer_Mitglieder.html

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Keine „Schnüffelsoftware“ an Schulen

// Was in der analogen Welt erlaubt ist, ist in der digitalen Welt verboten: das Kopieren aus urheberrechtlich geschützten Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern. Mit einer „Schnüffelsoftware“ wollen die Verlage den Raubkopierern auf die Schliche kommen. Das Vorhaben wurde nach heftigen Protesten gestoppt – vorerst! //

Geschichtslehrerin Heidi. H. war glücklich. Endlich hatte sie in einem alten Lehrbuch das lang gesuchte Bild gefunden. Flugs das Bild eingescannt und wenige Mausklicks später war die Ablichtung in das Arbeitsblatt integriert und eine Kopie auf dem Schulcomputer gespeichert.

Was Heidi H. vergaß: Sie hatte gegen das Urheberrecht verstoßen. Ende 2011 haben sich die Kultusministerien und die Verlage auf Regeln zur Verwendung von Kopien im Schulunterricht geeinigt: Das Kopieren auf Papier wird in beschränktem Umfang zwar kostenfrei erlaubt, die digitale Kopie bleibt aber untersagt. Zum Aufspüren digitaler Raubkopien sollte eine Scansoftware an Schulen eingesetzt werden.

Es war vor allem der geplante Einsatz dieses sogenannten „Schultrojaners“, der auf breite Kritik stieß. „Diese Schnüffelsoftware dient falschen Zielen und verletzt die Rechte insbesondere der Beschäftigten an den Schulen“, stellte GEW-Schulexpertin Marianne Demmer klar: „Wir fordern einen Rechtsrahmen, der den Beschäftigten im Bildungswesen erlaubt, ohne rechtliche Risiken zu arbeiten, dabei alle Infoquellen zu nutzen und die gewonnenen Inhalte aufzubereiten und wiederzugeben – statt diese auszuforschen und unter Generalverdacht zu stellen.“ Auch Datenschützer schlugen Alarm, denn wer kontrolliert dieses „Kontrollprogramm“? Auf Schulcomputern sind schließlich auch Daten von Schülern, E-Mail-Verkehr etc. gespeichert.

Nach massivem öffentlichen Protest wurde das Vorhaben zwar vorerst auf Eis gelegt. Doch noch in der ersten Hälfte dieses Jahres soll ein Kompromiss gefunden werden. Dann könnte die Software wie geplant an mindestens einem Prozent der Schulen eingesetzt werden. Urheberrechtsexperten wie der Rechtsanwalt Wolfgang Schimmel mahnen allerdings zur Besonnenheit. Die „Schnüffelsoftware“ sei eine Drohkulisse der Verlage, sagt er im E&W-Interview (Seite 17). Die Software werde ausschließlich auf Schulcomputern mit Wissen und Zustimmung der Schulleitungen installiert. In der Tat ist z. B. ein Einsatz des Programms zum Ausspähen privater Computer von Lehrkräften nicht vorgesehen.

Dennoch: Für die Schulen könnte es unter Umständen teuer werden. Sollte der sogenannte „Schultrojaner“ doch noch eingesetzt und fündig werden, „können Ansprüche auf Schadenersatz in Betracht kommen“, teilte das Bundesjustizministerium in seiner Antwort auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion Mitte März mit. Auch die Datenschutzfrage bleibt ungeklärt. Es sei die „Aufgabe der Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, dass beim Einsatz einer Plagiatssoftware die datenschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden“, heißt es in der Antwort auf die Anfrage der SPD-Parlamentarier lapidar. Im Klartext: Eine unabhängige Kontrolle der Kontrollsoftware wird es nicht geben.

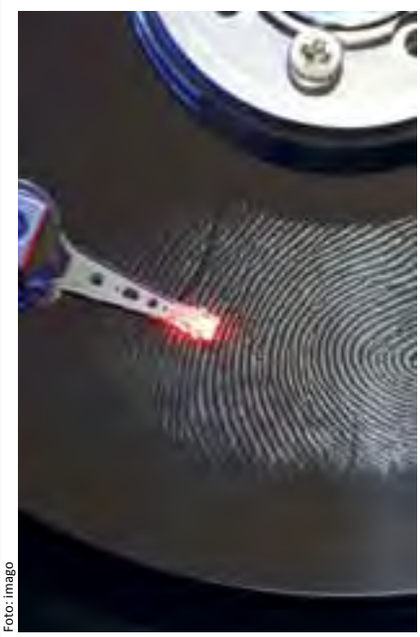


Foto: imago

Nach dem Willen von Kultusministern und Verlagen sollte zum Aufspüren digitaler Raubkopien eine Scansoftware an Schulen eingesetzt werden. Doch wer kontrolliert das „Kontrollprogramm“?

Angebot: offene Lizenzen

Internetaffine Pädagoginnen und Pädagogen setzen mittlerweile auf andere Lösungen. Sie favorisieren die so genannten offenen Lizenzen. Nach diesem Konzept können digitale Lerninhalte, die von Einzelnen oder kollektiv erstellt wurden, von jedem genutzt, verändert und beliebig vervielfältigt werden. Voraussetzung ist, dass jede Änderung oder Verbesserung zum Nutzen der Gemeinschaft allen zugänglich gemacht wird. Vorteilhaft ist das vor allem für kleinere Bildungsträger, denen zum einen das Geld für kostspielige Kopierlizenzen und zum anderen das Knowhow zur Entwicklung eigener Materialien fehlt.

Internetaktivisten wie Valie Djordjevic vom Webportal irights.info halten letztlich nur eine grundlegende Änderung des geltenden Urheberrechts für sinnvoll. „Eine Möglichkeit wäre eine Kulturflatrate ähnlich der GEZ-Gebühr“, sagt sie. „In einer Welt, in der wir von digitalen Bildern und Medien umgeben sind, muss es möglich sein, diese für eigene Werke zu nutzen, ohne Angst zu haben, dass der Anwalt vor der Tür steht.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

„Kein Medium wurde je so stark kontrolliert wie das Internet heute“

Foto: Joachim E. Röttgers GRAFFITI

Wolfgang Schimmel

// Interview mit Wolfgang Schimmel, Rechtsanwalt und Spezialist für Medienrecht, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di //

E&W: Lehrkräfte haben schon immer aus Büchern kopiert. Die Gefahr, hierdurch mit dem Urheberrecht in Konflikt zu geraten, war eher gering. Heute können sich Lehrkräfte zusätzlich und leichter aus dem Internet bedienen. Die Bildungsministerien der Länder und die Schulbuchverlage haben Ende vergangenen Jahres neue Regeln zum Umgang mit Kopien vereinbart. Braucht es dieses Regelwerk wirklich?

Wolfgang Schimmel: Das Vorhaben ist notwendig, und zwar deshalb, weil es mittlerweile eine recht komplizierte Rechtslage gibt. Früher war das Kopieren aus Büchern oder Unterrichtsmaterialien vom Gesetz zugelassen. Ein zwischen den Kultusministerien und der Verwertungsgesellschaft VG Wort abgeschlossener Rahmenvertrag sah dafür eine pauschale Vergütung vor. Die Schulbuchverlage haben bei der Neufassung des Urheberrechts durchgesetzt, dass seit 2008 ein Kopieren aus Schulbüchern bzw. Lehrmaterialien nur mit Genehmigung des jeweiligen Verlages erlaubt ist. Eine neue Regelung, die Rechtssicherheit für die Schulen schafft

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✔ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich
- ✔ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✔ Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.

Ein Unternehmen der AXA Gruppe AXA

und zugleich die Vergütung für die Verlage und Urheber sichert, war also notwendig.

E&W: Die Vorschriften zum Umgang mit Kopien für den Unterricht sehen u. a. vor, dass zwar ein Bild aus einem Buch kopiert und an Schüler verteilt, nicht aber ein Bild eingescannt und in ein eigenes Arbeitsblatt integriert werden darf. Worin besteht rechtlich gesehen der Unterschied zwischen der Papierkopie und der eingescannten Version?

Schimmel: Der Unterschied besteht darin, dass das eingescannte Bild, also die digitale Kopie, problemlos und ohne Qualitätsverluste weiterverbreitet und bearbeitet werden kann. Die analoge Kopie ist dagegen immer als Kopie zu erkennen und hat daher einen begrenzten Verbreitungsgrad und Nutzwert. Wenn aber eine digitale Kopie sich faktisch nicht mehr vom Original unterscheiden lässt, werden die Rechte der Urheber unmittelbar berührt.

E&W: Wie praktikabel sind solche Kopiervorschriften und wie lässt sich deren Einhaltung überhaupt kontrollieren?

Schimmel: Das ist in der Tat schwierig, ich würde den Lehrkräften jedoch dringend raten, sich strikt an die Vorgaben zu halten.

Foto: imago

E&W: Weil sie sonst Gefahr laufen, unter Umständen durch den sogenannten „Schultrojaner" überführt zu werden?

Schimmel: Nein, sondern weil sie damit rechtlich auf der sicheren Seite sind. Der „Schultrojaner" ist lediglich eine Drohkulisse der Verlage. Erstens gibt es diese Software noch gar nicht. Zweitens wird sie, falls sie jemals zum Einsatz kommt, nur mit Zustimmung der Schulen installiert. Das Programm soll wie eine Suchmaschine funktionieren. Ein besonders bedrohliches Schnüffelpotenzial kann ich darin nicht erkennen – auch keinen wirklichen Trojaner.

E&W: Eigentlich war der Einsatz dieser Schnüffelsoftware bereits in diesem Jahr geplant. Nach Protesten wurde das Vorhaben auf Eis gelegt. Viele Lehrkräfte sind aber nach wie vor beunruhigt. Zu Recht?

Schimmel: Ich bin kein Vertreter von Verlegerinteressen, kann aber die Verlage verstehen, dass sie auf Kontrolle bestehen. Um einen Vergleich zu wagen: Das ist wie bei der Abschaffung der Zugangsschranken zum Bahnsteig im öffentlichen Personennahverkehr. Auch hier musste man, um Schwarzfahren zu verhindern, in den Zügen Kontrolleure einsetzen. Ähnlich ist die Situation der Verleger. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, es darf auf keinen Fall kontrolliert werden, stellt man die Schulbuchverlage rechtlos. Die Möglichkeit der digitalen Kopie eines ganzen Buches gefährdet die Existenz einer ganzen Branche.

„Wenn diese Software tatsächlich eingesetzt wird, dann nur, wenn die Schulen zustimmen. Das Programm soll wie eine Suchmaschine funktionieren. Einen wirklichen Trojaner kann ich darin nicht erkennen."

E&W: Netzaffine Pädagogen und Politiker diskutieren mittlerweile über Möglichkeiten, mit der Hilfe sogenannter offener Lizenzen Bildungsmaterialien kostenfrei anzubieten. Wäre das eine Alternative?

Schimmel: Die Idee ist sicherlich faszinierend und es spricht meines Erachtens nichts dagegen, wenn sich Lehrerinnen und Lehrer zusammenschließen, Unterrichtsmaterialien gemeinsam erarbeiten und ins Internet stellen. Das ist über das geltende Urheberrecht übrigens auch bereits abgesichert. Das Problem ist nur: Wer solche freien Lizenzen nutzt, schließt faktisch einen Vertrag mit der ganzen Menschheit ab, verzichtet also definitiv auf die Rechte an seinem Werk. Jeder, der solche Materialien nutzt, kann damit machen, was er will. Diejenigen, die das Lehrmaterial erstellt haben, haben es faktisch auf ehrenamtlicher Basis getan.

E&W: Im Kulturbereich wird seit Längerem über eine sogenannte Kulturflatrate diskutiert. Damit sollen die Rechteinhaber digitaler Inhalte ähnlich dem GEZ-System pauschal vergütet werden. Im Gegenzug wäre das Kopieren und Nutzen digitaler Inhalte kostenfrei. Könnte

Was Lehrkräfte kopieren dürfen

- Maximal zwölf Prozent eines Werkes (Bücher, Arbeitshefte), höchstens jedoch 20 Seiten
- Ganze Druckwerke wie Zeitschriftenartikel, wenn diese weniger als 26 Seiten Umfang haben
- Fotos und sonstige Abbildungen

Die Regeln gelten allerdings nur für analoge Kopien, also für das Vervielfältigen auf Papier. Digitales Abspeichern und Vervielfältigen ist nach wie vor untersagt. Für solche Fälle stellen die Verlage Lizenzen zur Verfügung.

Quelle: www.schulbuchkopie.de

eine solche Flatrate auch für den Schulbereich sinnvoll sein?

Schimmel: Ein solches System ist bislang wenig praktikabel und durchdacht. Wie hoch soll die Gebühr sein? Die Frage wäre doch, müssen alle zahlen, also auch jene, die die Angebote im Netz nicht nutzen, oder nur ein eingeschränkter Personenkreis? Eine Flatrate würde zudem alle bereits bestehenden Vertriebssysteme digitaler Inhalte in Frage stellen.

E&W: Warum ein Buch kaufen, wenn man es bequem als PDF-Datei aus dem Netz herunterladen kann? So denken mittlerweile viele. Vor allem Schüler wissen wenig über rechtliche Risiken, die sich z. B. aus dem Hochladen von Fotos auf eine Facebook-Seite ergeben. Sind wir im Umgang mit Facebook und Co. zu naiv?

Schimmel: Ja. Die Debatte wird vielfach auch von der Politik verantwortungslos geführt. Es entsteht der Eindruck, man müsse sich eigentlich nicht um die Rechte von Urhebern kümmern. Es sei ein Kavaliersdelikt, wenn man sich beispielsweise über eine Tauschbörse Musiktitel oder Filme aus dem Netz herunterlädt. Entsprechend agieren dann auch Kinder und Jugendliche. Diese Sorglosigkeit im Umgang mit Urheberrechten zeigt sich auch auf anderen Gebieten. Ich glaube, dass kaum ein Jugendlicher, der bei Facebook ein Bild von sich hochgeladen hat, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Unternehmens kennt. Dort steht nämlich, dass man Facebook für jedes Bild, für jeden Text ein weltweites Nutzungsrecht gewährt. Man tritt quasi das Recht auf das eigene Bild an ein weltweit agierendes Unternehmen ab.

E&W: Wie sollen Schulen da gegensteuern?

Schimmel: Das ist ein schwieriges Unterfangen. Heutzutage können schon Zwölfjährige eine eigene Webseite erstellen, Texte produzieren und online stellen. Den Jugendlichen werden Handlungsoptionen eröffnet, mit denen sie aber überfordert sind. Teenagern das Urheberrecht und das viel kompliziertere Medienrecht allgemeinverständlich zu erklären, ist eine große Herausforderung.

E&W: Eine Aufgabe für die Schule?

Schimmel: Nicht nur für diese. Da ist die ganze Gesellschaft gefordert. Man darf das Internet nicht verteufeln, darf den Jugendlichen aber auch nicht die Illusion vermitteln, das Netz sei ein Raum unbegrenzt freier Kommunikation. Das Gegenteil ist der Fall. Kein Medium wurde je so stark kontrolliert wie das Internet es heute wird – und das ganz ohne staatliche Zensur.

E&W: Wie das?

Schimmel: Wenn Sie beispielsweise am Kiosk eine Zeitung kaufen und bar bezahlen, dann wissen davon nur Sie und der Verkäufer, der Sie meistens nicht einmal kennt. Wenn Sie aber die gleiche Zeitung aus dem Internet herunterladen, dann wird jeder Schritt dieses Vorgangs protokolliert und ist für die, die das wollen, überprüfbar. Dafür braucht es nicht einmal eine Schnüffelsoftware. Anonym bewegen im Netz können sich nur die, die über die entsprechenden Verfahren Bescheid wissen und das Knowhow besitzen. Das aber ist eine Minderheit.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

www.bildungskoffer.org
(Seite für frei nutzbare Bildungsmaterialien)
www.irights.info
(Informationen rund ums Urheberrecht in der digitalen Welt)
GEW-Beschluss vom 29. März 2012 zum „Umgang mit dem ‚Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach Paragraf 53 Urhebergesetz‘ und dem sogenannten ‚Schultrojaner‘“:
www.gew.de

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

iPad statt Lehrbuch

// Der US-Konzern Apple hat unvorstellbare 97 Milliarden Dollar in seiner Kasse. Nun setzt er an, den weltweiten Bildungsmarkt zu erobern. //

Laut Apple sind bereits 1,5 Millionen Stück seines Tabletcomputers iPad an Schulen oder Hochschulen im Einsatz. Seit Anfang des Jahres bietet das Unternehmen auch eine kostenlose Software an, mit der sich digitale, interaktive Schulbücher auf dem iPad erstellen lassen.

Fabian, 17 Jahre, springt auf den Kasten. Dann macht er einen Satz runter auf die Weichbodenmatte – und rollt sich über die rechte Schulter ab. „Parkour" heißt die Sportart. Springen, Abrollen, Balancieren gehören zu den Grundübungen. Wie diese auszusehen haben, erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler im Sportunterricht selbst. Mit Hilfe des iPad, eines Tabletcomputers von Apple, auf dem Lehrvideos zu sehen sind. Jeweils vier oder fünf Schüler nutzen einen der silbern-schwarzen Flachcomputer. „Ich lass' die heute allein machen", lacht Judith Albers, die 32-jährige Sport-Referendarin. Sie schaut lediglich zu, gibt hin und wieder Tipps.

Unterricht per Tablet: Der gymnasiale Zweig des Friedrich-List-Berufskollegs im ostwestfälischen Herford praktiziert das digitale Lernen seit Februar dieses Jahres. 30 iPads hat die Schule angeschafft. Eingesetzt werden sie auch im Fach Spanisch, in der Jahrgangsstufe 11. „Palabras nuevas? – Welche Wörter sind neu?", fragt Lehrer Andrés Lojo Menk, 39 Jahre. Die Schüler nutzen das iPad, um Vokabeln zu notieren. Das Gerät speichert zudem Lehrmaterialien, Lexika und Wörterbücher. Mit dem Tablet lassen sich auch Video- und Tonaufnahmen machen und abspielen. Über eine WLAN-Verbindung besteht Zugang zum Internet. Die Jugendlichen wissen das zu schätzen. „Wenn man eine Info braucht, kann man im Netz nachschauen", sagt Gian-Luca, 17 Jahre alt. „Vokabeln nachzuschlagen geht viel schneller als mit dem normalen Wörterbuch", ergänzt Leonie. Ein Vorteil sei zudem, dass die Schüler weniger Bücher schleppen müssten, erklärt Lojo Menk.

Kommt die iPad Education? Bundesweit setzen einige Schulen die Tablets bereits im Unterricht ein. Der Konzern Apple wittert ein großes Geschäft und stellt entsprechende Weichen.

„Werkzeug zum Selberlernen"?

Auch in Köln, Braunschweig und Nürnberg sammeln Schulen Erfahrungen mit dem Flachcomputer. Ebenso in Hatten bei Oldenburg oder im Eifelstädtchen Prüm. Gymnasium, Berufsbildende Schule, Gesamtschule, Hauptschule – (fast) alle Schulformen sind vertreten. In Karlsruhe testet gar eine Grundschule die digitalen Lehrmittel. „Ein Werkzeug zum Selberlernen", lobt Ute Krumsiek-Flottmann, Schulleiterin des Herforder Friedrich-List-Berufskollegs. Die 60-Jährige verlangt jedoch, auch kritisch mit den Tablets umzugehen. „Wir wollen nicht Handlanger von Apple sein."

Eine Haltung, für die es gute Gründe gibt. Denn Apple, dem Marktführer bei Tablets, geht es nicht nur darum, möglichst viele iPads in den Markt zu drücken, zum Stückpreis ab rund 400 Euro. Der US-Konzern zielt auf den weltweiten Markt für Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien. Ein Bereich, in dem der Computerriese aus dem kalifornischen Cupertino bereits viel zu bieten hat: digitale Lehrbücher renommierter Verlage, zu kaufen im unternehmenseigenen iBooks Store. Apple baut ferner eine riesige Datenbank auf, mit digitalen Filmen von Vorlesungen und Seminaren, bereitgestellt von Universitäten aus vielen Ländern, auch aus Deutschland. Wer diese kostenlos herunterladen will, muss sich zuvor bei iTunes, Apples Shop für Songs und Audiodateien, anmelden. Außerdem im Angebot: zigtausende kommerzieller Apps, also Anwendungen, die nur auf dem iPad oder auf Apples Kulthandy iPhone laufen. „Wer einmal ein digitales Lehrbuch mit 3-D-Animation auf einem Tablet gesehen hat, wird dieses Medium nicht mehr missen wollen", versichert Lehrer Lojo Menk. Er gehöre aber nicht zu

den „Apple Distinguished Educators“, sagt der Herforder Pädagoge. „Apple Distinguished Edcuators“ (ADE) bilden ein Netzwerk von Lehrkräften und Uni-Angehörigen, die iPads und andere Apple-Computer im Unterricht testen. Außerdem beraten sie ehrenamtlich im Auftrag des US-Konzerns andere Pädagogen, wie sich Apple-Produkte in der Schule einsetzen lassen. „Bundesweit gibt es derzeit 80 ADEs“, erklärt Georg Albrecht, Pressesprecher von Apple Deutschland.

Fotos: dpa

Zusätzlich bietet Apple jetzt iBooks Author. Eine kostenlose Software, mit der sich digitale und interaktive Schulbücher auf iPad oder anderen Apple-Computern erstellen lassen. Vorsicht ist geboten.

„Kampf um Marktmacht“

Im vergangenen Januar setzte der Konzern noch eins drauf – und präsentierte iBooks Author. Eine kostenlose Software, mit der sich digitale und interaktive Schulbücher auf dem iPad oder anderen Apple-Computern erstellen lassen. Die Herforder Sport-Referendarin Judith Albers produziert damit ihre Video-Anleitungen für „Parkour“, Lehrer Andrés Lojo Menk bastelt an interaktivem Spanisch-Unterrichtsmaterial. Solange beide ihre digitalen Lehrwerke im eigenen Unterricht einsetzen, fallen keine Gebühren an. Doch sobald ein Entwickler sein Werk im iBooks-Format kommerziell nutzen will, greift Apple zu: Das digitale Schulbuch darf nur über den iBooks Store vermarktet werden. Der Computerriese kassiert dann 30 Prozent des Verkaufspreises. Und nur Apple entscheidet, ob das digitale Lehrbuch eine Freigabe erhält. „Da gab es noch keine Schwierigkeiten“, erklärt Apple-Pressemann Albrecht.

Torsten Larbig, Lehrer in Frankfurt am Main, warnt jedoch vor Apples Plan, für Lehrmaterialien ein „geschlossenes System“ durchzusetzen. „Ich stelle mir vor, Apple verweigert einem von einem Bundesland freigegebenen Schulbuch die Aufnahme in den iBooks Store“, schreibt er in seinem Internet-Blog. Auch Katrin Aisch, Referendarin in Magdeburg, missfällt, dass der US-Computerriese zunehmend Einfluss auf Unterrichtsinhalte gewinnt. Welche Gefahren im Projekt iPad Education steckten, so Aisch, „kommt auf Grund mangelnder Kompetenz, Gutgläubigkeit oder Befangenheit so gut wie nie zur Sprache“. Sie sieht einen „Kampf um Marktmacht“.

Und was sagen die Kultusministerien zu Apples Anlauf, den Lehrmittelmarkt aufzumischen? Die Antworten fallen unterschiedlich aus. Das Schulministerium von Sachsen-Anhalt betont, „dass eine Reglementierung/Zulassung des Einsatzes von Lernsoftware im Unterricht durch Dritte nicht akzeptabel ist“. Für die Zulassung von Schulbüchern sei ein Landesinstitut zuständig. In Nordrhein-Westfalen heißt es: „Digitale Lernmittel, die über einen längeren Zeitraum im Unterricht eingesetzt werden, müssen vom Schulministerium zugelassen werden.“ Geht es allerdings um kurzfristigen Einsatz, etwa ein zeitlich befristetes Modellprojekt, dann entscheiden die Lehrkräfte. Die Berliner Senatsverwaltung erklärt: Über den Einsatz digitaler Lehrmittel beschließen die Schulen „im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung“. Ute Krumsiek-Flottmann, die Herforder Schulleiterin, sieht zusätzliche Verantwortung auf die Pädagogen zukommen. Ihre Forderung: „Wir müssen Spieler bleiben, nicht der Ball.“

Marianne Demmer, Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Schule, kritisiert den „Werbefeldzug zum Verkauf von iPads“ und warnt vor einem „weiteren Kommerzialisierungsschub im Bildungsbereich“. Wahrscheinlich, so Demmer, sollten die Eltern das auch noch mitfinanzieren. „Zudem binden sich Schulen, die sich für Apple-Hard- und -Software entscheiden, an einen einzigen Wettbewerber und dessen inhaltliche Angebote.“ Damit werde jegliche demokratische Kontrolle der angebotenen Materialien ausgehebelt. Die GEW-Schulexpertin verlangt „neutrale öffentliche Stellen, die Unterrichtsmaterialien begutachten“. Gleichzeitig müssten die Etats für Lehr- und Lernmittel aufgestockt werden, um das Einfallstor für Kommerzinteressen zu schließen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Weitere Informationen:
„Bildungspioniere zusammenbringen“ – Apple umwirbt Lehrkräfte:
www.apple.com/de/education/apple-distinguished-educator

Blog der Kölner Kaiserin-Augusta-Schule:
http://ipadkas.wordpress.com

Privater Blog „Herr Larbig“:
www.herrlarbig.de

Projekt „Digitale Schulbücher“:
www.digitale-schulbuecher.de

„Apple-Fertiger:
Foxconn-Arbeiter sterben fürs iPad“:
www.manager-magazin.de
Suche: ▷ Foxconn ▷ iPad

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Hochschulen mischen mit im Web 2.0

// **Was interessiert junge Menschen? Wann klicken sie in Facebook den Gefällt-mir-Button?** //

Diese Fragen hat Constance Richter stets im Hinterkopf, wenn sie für die Hochschule im baden-württembergischen Aalen soziale Netzwerke mit Informationen bespielt. „Wenn wir selbst Inhalte generieren, wollen wir auch mal das Schicksal herausfordern. Wir stoßen Debatten an, von denen wir nicht wissen, wie sie verlaufen." Neulich war das so, als das Semesterticket zum Lokalpolitikum wurde. Vor der Abstimmung über die Einführung hatte die Social-Media-Beauftragte einen Debattenplatz im Netz eröffnet – was früher eine Podiumsdiskussion in der Aula war, dringt heute in den digitalen Raum vor. Dort kann sich auch ein schüchterner Student gut einbringen, der in einer vollen Aula nicht den Mut dazu hätte. Nun ist es aber nicht so, dass Hochschulen soziale Medien in erster Linie als Demokratieinstrument sehen. Vielmehr geht es darum, Studierende an sich zu binden und sich als Einrichtung zu vermarkten. Hochschulmarketing mit neuen Mitteln – unbestritten ein Trend.

In Netzwerken aktiv sein

Die heutige Studierendengeneration trägt das Etikett „Digital Natives": Sie ist zu einer Zeit aufgewachsen, als das Internet bereits verfügbar war. Kanäle wie Facebook oder Twitter laufen oft den ganzen Tag mit, deshalb kann man junge Erwachsene hier gut abholen. Für Abiturienten ist es Standard, in ihrer künftigen Universitätsstadt erst mal virtuell und erst dann körperlich anwesend zu sein. Den Hochschulen bleibt also keine andere Wahl, als im Konzert der sozialen Medien mitzuspielen. Sie können ihre Bekanntheit steigern, Studierende anlocken, ohne große Barrieren Ansprechpartner für Immatrikulierte sein und mit Ehemaligen Kontakt halten (die potenzielle Spender oder „Kunden" für weiterführende Studienangebote sind).

Soziale Netzwerke verändern die Machtverhältnisse auf dem Campus: Zwar nutzen die Hochschulen das Netz auch zunehmend für Marketingzwecke. Doch Social Media funktioniert nach anderen Regeln: Hier bestimmen auch die Nachfrager.

Foto: Alex Kraus

Ohnehin haben soziale Netzwerke auch die Wissenschaft an sich verändert. Forscher schießen Teilergebnisse mitunter via Blogs auf den Markt, um zuerst die Deutungshoheit über ein Thema zu erlangen. Und die Enttarnung vieler plagiierter Politiker-Doktorarbeiten wurde bekanntlich als Stückwerk im Netz zusammengetragen. Constance Richter sagt: „Keine Hochschule kann es sich heutzutage leisten, nicht in sozialen Netzwerken aktiv zu sein."

Online zum „Wir-Gefühl"

Gelungene Beispiele gibt es zuhauf: „Raum zum Querdenken" heißt etwa das Info-Portal der Uni Bielefeld, verlinkt mit allen relevanten Plattformen. Ein Dutzend älterer Studierender quer durch alle Fächer steht bereit, um Fragen von Interessenten zu beantworten. Bei der Kampagne der Martin-Luther-Universität in Halle kann man sich sogar eine 3-D-Brille bestellen, um eine „virtuelle Schnitzeljagd" durch die Stadt zu absolvieren. An der privaten Jacobs-University in Bremen hängen Facebook und Twitter eng mit dem Publikum zusammen. 75 Prozent der angehenden Akademiker sind „international", sie kommen aus gut 100 Ländern. Online bemüht man sich um ein Wir-Gefühl, um sozialen Kitt. Vielerorts fehlen aber offenbar Geld und Knowhow. Richter hat eine Bestandsaufnahme gemacht. Demnach sind fast 300 der 440 deutschen Hochschulen bei Facebook. 92 sind allerdings schlicht nur anwesend – keine aktuellen Einträge, keine Reaktion auf die User. Die Rolle des unkomplizierten Ansprechpartners wird hier nur gemimt. Studien des Centrums für Hochschulentwicklung zeigen zudem, dass Universitäten durchschnittlich zwei Drittel ihres Marketingbudgets für nichtdigitale Kommunikation ausgeben; und der Löwenanteil der Online-Investitionen geht nur in die Standard-Homepage.

Ursache könnten Berührungsängste sein; die Angst vor den Spielregeln in Netzwerken. Dort bestimmt die Nachfrageseite, nicht mehr der Anbieter, was passiert. Eine Art Kontrollverlust. Der Bremer Psychologe und Unternehmensberater Peter Kruse, der den Ruf eines Internet-Gurus genießt, hat den Begriff „Verschiebung der Machtverhältnisse" dafür aufgebracht. Beispiel Jena: „Paradiesisch wohnen" – das verspricht die Online-Kampagne der Uni in Anlehnung an den gleichnamigen Park in der Stadt. Wohnungen „für jeden Geschmack" gebe es, unkompliziert zu ergattern, bezahlbar. Die Werbung ging nach hinten los, als 2010 Studierende die Lage ganz anders beurteilten. Sogar die letzte Klitsche, sofern man sie denn finde, werde zu horrenden Preisen vermietet, sagten sie. Und riefen zum Schlafsack-Flashmob auf, schickten Videos davon via YouTube um die Welt, entlarvten den schönen Schein des Marketings. Mit denselben Waffen.

Als Musterbeispiel für unbeholfene Unis gilt immer noch der Bildungsstreik vom Herbst 2009, als Studierende bundesweit Hörsäle besetzten. Schon der Funke hatte sich vom anfangs lokalen Protest in Wien online ausgebreitet, der Protest gegen unsoziale Studienbedingungen und Missmanagement bei der Bologna-Reform erreichte auf diesem Weg deutsche Städte wie ein Flächenbrand. Die Hochschulen setzten meist auf klassische Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit – während die Gegenseite mit den sozialen Medien an Fahrt gewann. „Der Protest wird durch die Netzwerke demokratischer, die Mobilisierung kann schneller verlaufen, die Informationslage wird besser", erinnert sich eine Berliner Aktivistin. „Was 1968 die langhaarigen Aktivisten auf der Straße waren, sind heute vielleicht die unscheinbaren Normalos, die mit ihrem Laptop im Café sitzen."

Dass sich der Wind im Netz drehen kann, hat Constance Richter in Aalen auch mal erlebt. Eine positive Meldung hatte sie ins Netz gestellt – über die Karriereoptionen von Absolventen im Fach Technikkommunikation. Ein frustrierter Absolvent ohne Job meldete sich prompt wenig charmant zu Wort. Während Richter überlegte, wie damit umzugehen sei, kamen aber aus der Community Hinweise auf offene Stellen. Der Fall habe gezeigt, dass die These vom Kontrollverlust nicht stimme, sagt Richter. Im Gegenteil: Man registriert, was über die Hochschule geredet wird – und kann schnell gegensteuern. Im Grunde müsse für erfolgreiche interaktive Kommunikation gar nicht so viel beachtet werden, sagt Ulrich Künzel. Er berichtet im Blog hochschulwebsite.de über die Trends zum Thema. Drei Aspekte nennt der Experte: Aktivität – denn ein Kanal, der beworben aber nicht befüllt wird, wirke negativer als eine Abstinenz. Relevanz – nicht die Hochschule setze im besten Falle die Themen, sondern die Studierenden. Auf deren Input müsse man dann entsprechend eingehen. Und Authentizität: „Nichts ist schlimmer für das Image einer Hochschule als nicht eingehaltene Versprechen, ganz gleich, auf welchen Plattformen." Nur wer zuviel verspreche, dem müsse bange werden vor der „Macht der Community".

Johann Osel,
freier Redakteur für Bildungspolitik
bei der „Süddeutschen Zeitung"

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

„Schafft den täglichen Notenterror ab“

// **Interview mit dem Psychologen und Bildungsforscher Georg Lind über Leistungsbewertung in der Schule** //

E&W: Herr Prof. Lind, hatten Sie früher gute oder schlechte Noten?

Georg Lind: Ich hatte immer gute Noten, aber das war mir gleichgültig. Vielleicht war ich gerade deshalb ein guter Schüler, weil ich mich nicht an der Beurteilung meiner Lehrkräfte orientiert habe.

E&W: Als Einserkandidat waren Sie in einer komfortablen Situation. Haben Sie sich wirklich nie über gute Noten gefreut?

Lind: Es hat sicher meiner Eitelkeit geschmeichelt. Aber ich hatte auch immer meine Mutter im Ohr, die sagte: „Du musst selbst wissen, wo du stehst und deine Leistungen selbst einschätzen können.“ Mir wurde erst später bewusst, wie wertvoll dieser Rat gewesen ist. Ich habe immer gern gelernt und tue das auch heute noch.

E&W: Sie halten Ziffernoten für eine Leistungs- und Motivationsbremse. Warum?

Lind: Es geht mir nicht nur um die klassischen Ziffernoten. Ich halte auch Verbalnoten für problematisch, wenn sie sich nicht an individuellen Lernzielen orientieren, sondern ein Vergleichsurteil sind. Das gilt ebenso für vergleichende Schulleistungstests wie PISA.

E&W: Was kritisieren Sie daran?

Lind: Wenn ein Schüler schwache Noten hat oder seine Versetzung gefährdet ist, dann bekommt er Angst. Und Angst ist die größte Lernbremse, die es gibt. Zum anderen werden Schülerinnen und Schüler durch Notengebung konditioniert: Für sie zählt nur noch, was die Lehrkraft will. Dadurch verlieren junge Menschen ihre Lernfreude und die Verantwortung für das eigene Lernen.

E&W: Noten können doch auch ein Anreiz sein, es besser zu machen!

Lind: Ja, aber man lernt dabei nur, dem Lehrenden zu gehorchen. Kinder werden regelrecht süchtig nach diesen Bestätigungen von außen. Das ist falsch und in Bezug auf unsere Demokratie ein sehr zweifelhaftes Lernziel. Die Heranwachsenden lernen dabei lediglich, sich zu unterwerfen.

Foto: dpa

Georg Lind ist Professor em. der Universität Konstanz.

E&W: Schon kleine Kinder messen ihre Kräfte. Sie testen, ob sie vor der Freundin auf den Baum klettern oder einen höheren Turm bauen können als der Nachbarsjunge. Warum sollte die Schule ihnen das abgewöhnen?

Lind: Im Sport ist der Wettkampf wunderbar. Aber an sportlichen Wettkämpfen nimmt man gewöhnlich freiwillig teil. Zur Teilnahme am Selektionswettbewerb der Schule wird man gesetzlich gezwungen. Das ist ein großer Unterschied. Wenn man aus dem Lernen einen permanenten Wettkampf der Schülerinnen und Schüler macht, führt das dazu, dass sie das Lernen sehr schnell als Belastung empfinden. Es geht dann nur noch darum, wer die besseren Noten hat – und nicht darum, was man gelernt hat.

E&W: Andere Bildungsforscher teilen Ihre Auffassung nicht. Eckhard Klieme etwa, der Leiter des deutschen PISA-Konsortiums, ist der Ansicht, dass Schulen Bildung nicht nur vermitteln, sondern sie auch dokumentieren und vergleichbar machen müssen. Noten, so Klieme, seien die Basis für halbwegs gerechte Entscheidungen.

Lind: Dem widerspreche ich vehement! Noten sind überhaupt nicht gerecht! Ein Gutachten des Grundschulverbands warnt davor. Aber noch schlimmer ist, dass sie bloß auf der Basis von reproduzierbarem Wissen für wenige Fächer gegeben werden. Das macht aber nur einen Bruchteil dessen aus, was Kinder lernen sollten. Der Notenvergleich reduziert Lernen auf ganz wenige Produkte. Aber wir brauchen in Wirtschaft und Gesellschaft eine Vielzahl von Fähigkeiten, vor allem auch Kompetenzen, die nicht in die PISA-Schablonen passen: Verstehen, Anwenden, Verantwortung von Wissen, Kreativität, moralische Urteilsfähigkeit und demokratische Diskussionsfähigkeit.

E&W: Sind Sie gegen jegliche Leistungsbewertung?

Lind: Nein, aber Leistung muss ganz anders definiert werden. Wir müssen sie in Bezug auf eigene, breitere Zielsetzungen bewerten. Das funktioniert: Ich kenne viele Beispiele von Schulen in Deutschland, die ohne Noten arbeiten. In Schweden oder Finnland lernen alle Schülerinnen und Schüler bis zur achten Klasse erfolgreich auch ohne Noten.

E&W: Wie könnte das konkret in der Praxis in Deutschland aussehen?

Lind: Wir sollten diesen täglichen Notenterror abschaffen, bei dem Kinder nur gedemütigt werden. Stattdessen sollten wir qualifizierte Prüfungen einsetzen – wie beim Führerschein oder der Gesellenprüfung im Handwerk. Der Schüler sollte lediglich wissen, ob er die Lernziele erreicht hat oder nicht. Zusätzlich könnte man differenzieren, ob er zusätzliche freiwillige Leistungen erbracht hat, etwa indem er andere beim

Lernen unterstützt hat – dann könnte er einen Vermerk über exzellente Leistung bekommen.

E&W: Wie wollen Sie den Übergang auf weiterführende Schulen regeln? Was geschieht im Beruf oder an der Hochschule, wo Noten bislang den Ausschlag geben, ob man einen bestimmten Ausbildungs- oder Studienplatz bekommt?

Lind: Man kann die Noten natürlich nicht isoliert betrachten. Wir müssen grundsätzlich über neue Formen des Unterrichts nachdenken. Aber ich bin Realist und weiß, dass man nicht das ganze System auf einmal verändern kann. Dennoch sollten wir mit der Reform beginnen – und zwar bei der Lehrerbildung. Lehrerinnen und Lehrer sollten jungen Menschen auch ohne Noten stimulierende Lernumwelten schaffen können. Viele tun das bereits, aber es geschieht nicht flächendeckend. Wer dazu in der Lage ist, für den sind Noten zweitrangig, weil seine Schülerinnen und Schüler die geltenden Anforderungen leicht übertreffen. Wenn wir Noten nicht länger dazu benötigen, Lernende zu disziplinieren, werden sie überflüssig.

E&W: Reden Sie der „Gleichmacherei" das Wort?

Lind: Demokratie heißt doch: Alle Menschen sollen die gleichen Rechte und Chancen haben. Man tut ihnen Gewalt an, wenn man sie fast täglich nach willkürlich ausgewählten Kriterien miteinander vergleicht. Wir reden immer davon, dass jedes Kind seine Begabungen entfalten soll – aber im Schulalltag spürt man davon noch immer viel zu wenig.

E&W: Die Pädagogen sind im Dilemma: Spätestens in der dritten oder vierten Klasse müssen sie benoten. Und auch viele Eltern fordern eine Bewertung ihrer Sprösslinge nach Ziffern. Wie sollen Lehrkräfte darauf reagieren?

Lind: Ich kann keine konkreten Ratschläge geben, weil ich selbst kein Lehrer bin. Aber ich empfehle, dass jeder Pädagoge den Spielraum nutzt, den er hat, und sich um gute Fortbildung bemüht. Wenn er es schafft, seine Schüler ohne Notendruck zum Lernen zu bewegen, dann wird er langfristig nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch deren Mütter und Väter auf seiner Seite haben. Zudem wird er dann auch selbst wieder mehr Freude an seinem Beruf haben. Es wundert mich nicht, dass die Zahl der dauerkranken Lehrerinnen und Lehrer steigt. „Burn out" verstehe ich vor allem als ein Ausbildungsproblem.

E&W: Ihre eigenen Kinder sind 14, 16 und 22 Jahre alt. Diskutieren Sie mit ihnen oder deren Lehrkräften über den Sinn von Noten?

Lind: Wenn sie selbst darüber reden wollen, ja. Aber mir ist klar geworden, dass meine Ansichten bei vielen auf Skepsis stoßen. Deshalb halte ich mich aus der Schule meistens heraus. Meine Frau und ich überlassen die Verantwortung weitgehend unseren Kindern.

Katja Irle,
freie Journalistin

Über 50% unserer Kunden sind kritische Lehrerinnen und Lehrer: umwelt-, gesundheits- und kostenbewusst. Wir bauen für sie das Bio-Solar-Haus: energiesparend, allergikergeeignet, lüftungsanlagenfrei.

Wohnen in einer „Plastiktüte" und darin „künstlich beatmet werden" kommt für sie nicht in Frage.

Gesundes und natürliches Wohnklima mit natürlichen Baustoffen

Das Bio-Solar-Haus® ist besonders allergikergeeignet: Keine Allergene, keine Schimmelbildung, keine Staubverwirbelungen und ein stark gehemmtes Milbenwachstum. Für den Bau werden fast nur natürliche und nachwachsende Materialien, hauptsächlich Holz, verwendet.

Frei von Dampfsperren und Lüftungsanlagen

Mithilfe des Tageslichts erwärmt das teilverglaste Wetterschutzhaus die Haushülle des inneren Hauses wie ein Treibhaus. Durch die wasserdampfdurchlässige Innenhaushülle können Dämpfe und Gerüche in die Luftschicht zwischen Innenhaus und Wetterschutzhaus entweichen, von wo aus sie durch natürlichen Auftrieb ins Freie gelangen, ohne Tauwasser zu hinterlassen.

Bedenkliche Dampfsperren und gesundheitsgefährdende Lüftungsanlagen sind somit überflüssig.

Niedrigste Heiz- und Betriebskosten - unabhängig von Öl und Gas

Einfamilienhäuser von Bio-Solar-Haus® benötigen nur ca. 150-350 Euro Heizenergiekosten im Jahr, funktionieren nach einfachen Gesetzen der Physik und kommen daher ohne kostspielige, störungsanfällige Technik aus. Die Energie für Warmwasser und Heizung für das Bio-Solar-Haus® liefert hauptsächlich die Sonne - und das kostenlos.

Im Winter springt ein Holz- oder Pelletofen als zusätzlicher Energielieferant ein.

Probewohnen im Sonnenpark

Überzeugen Sie sich von den Vorzügen unserer Bauweise und dem angenehmen und gesunden Raumklima beim Probewohnen in einem unserer 6 Häuser im Sonnenpark St. Alban.

Vielfach ausgezeichnet

Das patentierte Bau- und Energiesystem wurde bereits mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, darunter auch mit der Auszeichnung als das „gesündeste Haus".

Bio-Solar-Haus®

67813 St. Alban - Sonnenpark - Tel. 0 63 62 / 92 27 0 - info@bio-solar-haus.de

www.bio-solar-haus.de

Schuldenbremse für Europa

// Der Europäische Fiskalpakt soll der Verschuldung einzelner Mitgliedsstaaten Grenzen setzen. Doch er löst nicht deren Probleme. //

Am 2. März 2012 haben 25 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) den „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ – den sogenannten Fiskalpakt – unterzeichnet. Im Laufe der nächsten Monate muss er noch in den Länderparlamenten ratifiziert (außer in Irland, hier gibt es eine Volksabstimmung) und in die jeweilige Verfassung aufgenommen werden. Alle Länder der Eurozone beteiligen sich daran. Großbritannien und Tschechien gehen einen Sonderweg.

Auf den ersten Blick entsteht der Eindruck, dass durch den Fiskalpakt die gemeinsame europäische Geldpolitik durch eine mehr oder minder gemeinsame Fiskalpolitik ergänzt wird. Tatsächlich aber setzt er keineswegs auf eine gemeinsam gestaltete Finanzpolitik. Die Grundidee des Vertragswerkes ist wesentlich simpler: Im Kern wird die deutsche „Schuldenbremse“ auf Europa übertragen. Die öffentlichen Haushalte sollen künftig ohne neue Schulden auskommen.

Nach den bisher geltenden Maastricht-Regeln dürfen Länder in der Eurozone eine Nettoneuverschuldung von maximal drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufweisen. Dennoch wurde diese Marke in vielen Fällen nicht eingehalten. Mit dem Fiskalpakt wird die Verschuldungsgrenze auf 0,5 Prozent verringert. Außerdem soll eine Verschuldungsquote von mehr als 60 Prozent für die Unterzeichner langfristig nicht mehr möglich sein. Für etliche Staaten bedeutet das, dass sie aktuelle Schuldenstände massiv reduzieren müssen – auch Deutschland, wo die aktuelle Schuldenquote bei 80 Prozent des BIP liegt. Hier, wie in vielen anderen Staaten hat die internationale Finanzkrise die Verschuldung öffentlicher Haushalte deutlich ansteigen lassen.

Sanktionsmechanismus

Der Fiskalpakt gewinnt an Schärfe, weil er mit einem Sanktionsmechanismus ausgestattet ist. Staaten, die die 60-Prozent-Marke überschreiten, sind nach dem Vertragswerk verpflichtet, diesen Schuldenüberhang im Schnitt um ein Zwanzigstel pro Jahr zu verringern. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik in vielen Fällen nicht ausreichen wird, um den vorgegebenen Schuldenabbaupfad erfolgreich zu bewältigen. Dann wird es notwendig sein, Steuern bzw. Abgaben zu erhöhen und/oder Ausgaben zu senken. Erfahrungen mit prekären Finanzlagen, aber auch der Euro-Plus-Pakt weisen bisher jedoch vor allem in eine Richtung: noch mehr Sozialabbau.

Damit würde die langjährig praktizierte Umverteilung von unten nach oben weiter festgeschrieben. Klar ist: In Deutschland sind die Reichen in der Krise noch reicher geworden. Das Nettovermögen des oberen Zehntels der Bevölkerung liegt mittlerweile bei über 60 Prozent des Gesamtvermögens. Alle anderen Bevölkerungsgruppen haben Vermögensanteile verloren!

Was sind die Gründe für die Staatsverschuldung? Programme zur Rettung der Banken haben die Schulden anwachsen lassen. Das heißt, während sich das Vermögen der Reichen weiter vergrößerte, ist der Staat ärmer geworden. Um die Staatsschuldenkrise zu bekämpfen, braucht man deshalb keinen Fiskalpakt. Nötig ist vielmehr, den Staat zu stärken: Ein höherer Spitzensteuersatz und vor allem eine Finanztransaktions- sowie eine Vermögensteuer können die öffentlichen Haushalte wieder auf eine solide Basis stellen.

Das neue Vertragswerk setzt nicht an den Ursachen der Krise an. Deshalb werden wir Jahre erleben, in denen die Interpretation des Begriffs „strukturelles Defizit“ den finanzpolitischen Handlungsspielraum entscheidend mitbestimmt. Ein Jonglieren mit Definitionen wird die Haushaltspolitik begleiten. Das lenkt die Öffentlichkeit von den tatsächlichen Problemen ab. Wichtig ist, staatliche Aufgaben solide zu finanzieren – Vermögensteuern und -abgaben dürfen nicht länger tabu sein.

Fotos: dpa

Die Troika, die den Fiskalpakt in der Europäischen Union durchboxen will (von oben nach unten): Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IW), José Manuel Barroso (Präsident der EU-Kommission) und Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB).

Gunter Quaißer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Mechthild Schrooten, Professorin an der Hochschule Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

www.alternative-wirtschaftspolitik.de

Foto: Kay Herschelmann

ULRICH THÖNE

Für ein sozialeres Europa!

// **GEW-Kommentar zum Fiskalpakt** //

Von der Finanzmarktkrise vergangener Jahre haben sich viele europäische Länder nicht mehr erholt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Eine inflationäre Flut schlechter Nachrichten überschwemmt Europa. So diktierte die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Weltwährungsfonds den Griechen, den tariflichen Mindestlohn von 751 auf 585 Euro zu kürzen, für junge Menschen auf 490 Euro. Zum besseren Verständnis: Hier wird der tarifliche – also der vertraglich ausgehandelte – Mindestlohn als das niedrigste garantierte Einkommen auf Anweisung der Troika einfach aus den Angeln gehoben. Vertragstreue? Die gilt nur für Banker und Anleger, für die deshalb auch Rettungsschirme aufgespannt werden. Gerechtigkeit? Die regelt der Markt. Soziale Sicherheit? Aber nicht für „Faulpelze“. Demokratie? Aber doch bitte nicht in grundlegenden Finanzfragen. Das ist die politische Botschaft, mit der die Troika ein geeintes Europa aufbauen will!

Eine weitere Folge dieser einseitig auf Geldwertstabilität ausgerichteten Sparpolitik: Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien hat die 50-Prozent-Marke überschritten. Jede und jeder, zumal wenn er oder sie eigene Kinder hat, kann sich die große psychische Belastung nicht nur der jungen Arbeitslosen, sondern auch ihrer Eltern vorstellen. Gesicherte Zukunft? Von wegen! Stattdessen: länger arbeiten, niedrigere Rente und eine junge Generation ohne Job.

Selbst im vergleichsweise wohlhabenden Deutschland konnte nur die Gruppe der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ihren Anteil am gesamten Nettovermögen zwischen 2002 und 2007 steigern – von 58 auf 61 Prozent. Die restlichen 90 Prozent haben im Schnitt finanzielle Verluste erlitten. Die Gruppe der Reichen und Superreichen aber gibt die Grundlinien der Politik vor, weil sie ihr Finanzvermögen erhalten will. Nicht der Hauch einer inflationären Entwicklung soll ihren Reichtum schmälern. Die Sicherung der Stabilität ihres Vermögens wird deshalb über das Wohl der Gemeinschaft gestellt. Und um ganz sicherzugehen, dass dies auch gelingt, ruft die Politik dafür eine Regel aus, die sich jeder leicht merken kann: Der Staat dürfe nicht mehr ausgeben, als er einnehme. Ohne an dieser Stelle zu vertiefen, was das ökonomisch heißt, nur so viel: Chancen für die Zukunft der Menschen bleiben bei diesem Denken auf der Strecke. Kindergärten einzurichten und diese zur Not auch über Kredite zu finanzieren oder als Alternative die frühkindliche Bildung einfach wegzulassen – was ist denn da sinnvoller und generationengerechter?

Die entscheidende Frage ist: Wird denn zunächst demokratisch geklärt, wie viel der Staat tatsächlich einnehmen muss, um einen sozial gewollten Standard für alle sowie das Recht auf Bildung garantieren zu können? Werden erst danach die Steuern festgelegt, die nötig sind, um die notwendigen Ausgaben zu decken? Nein, natürlich nicht. Steuern zu erhöhen, ist tabu – allenfalls über ein Absenken könne nachgedacht werden, heißt es.

Fest steht: Mit dem Fiskalpakt soll ein dauerhaftes Gebot zur Kürzung der Ausgaben und damit zum Abbau sozialstaatlicher Regelungen in den europäischen Verfassungen implementiert werden. Spätestens dann, so die Kalkulation, könne keine Regierung mehr von dem verordneten Kurs der Kürzung sozialer Leistungen abweichen. Deshalb ist der Fiskalpakt so gefährlich. Wann wird aus der Wut vieler über die Klientelpolitik für die reichsten zehn Prozent in der Gesellschaft endlich der Zorn der 90 Prozent, sich gemeinsam ernsthaft und nachhaltig für ein sozialeres Europa zu engagieren?

Auch um diesen Prozess voranzutreiben, unterstützt die GEW die „Europäischen Aktionstage“, die vom 16. bis 19. Mai in Frankfurt am Main stattfinden (s. „Auf einen Blick“, Seite 4).

Ulrich Thöne,
GEW-Vorsitzender

Rot-grüne Reformbaustellen

E&W-Länderserie zur aktuellen Bildungspolitik
Bremen

// Bremen, Land der Gegensätze: Hohe Millionärsdichte, aber extreme Staatsverschuldung. Schlusslicht bei PISA, aber Vorreiter bei der Inklusion. Trotz eines Schulkonsenses zwischen rot-grüner Regierung und CDU-Opposition herrscht alles andere als Schulfrieden. //

Man glaubt es kaum. Ausgerechnet Bremen, das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote Westdeutschlands und der extremsten Staatsverschuldung pro Einwohner, erwirtschaftet das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands und gehört auch bei der Millionärsdichte zur Spitzengruppe. Eigentlich floriert die Wirtschaft im Zwei-Städte-Staat, der aus Bremen und Bremerhaven besteht. Doch in breiten Schichten kommt der Wohlstand nicht an. Und in der Landeskasse herrscht notorische Ebbe – wegen der Finanzpolitik des Bundes, aber auch, weil viele Gutverdiener ins Umland gezogen sind und dort ihre Steuern zahlen.

Seitdem Rot-Grün 2007 die Große Koalition abgelöst hat, versucht die Regierung von Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) zwar, die Bildung möglichst vom allgemeinen Sparkurs zu verschonen oder vereinzelt sogar etwas besser auszustatten. Trotzdem reichen die Gelder nicht. Deshalb gründeten GEW, Zentralelternbeirat und Gesamt-Schülervertretung 2011 ein „Bremer Bündnis für Bildung“, das „mehr Geld für gute Schule“ fordert und wiederholt Demonstrationen organisierte.

Eigentlich sollte auch Schulfrieden herrschen. Denn 2009 besiegelten Rot-Grün und CDU einen Schulkonsens. Fortan sollten die Politiker nicht mehr nach jedem Regierungswechsel am Bildungssystem herumdoktern, sondern für zehn Jahre Verlässlichkeit garantieren – eine von mehreren Reaktionen auf die miserablen PISA-Ergebnisse.

Seit dem Konsens wird das einst unübersichtliche Schulsystem jahrgangsweise auf ein Zwei-Säulen-Modell umgestellt: Als Regelschulen existieren am Ende nur noch Gymnasien sowie „Oberschulen“, die in Wirklichkeit Gesamtschulen sind, mit Abitur nach 13 Jahren. Zudem übernahm Bremen 2009 als erstes Bundesland den Inklusionsauftrag der UN ins Landesschulgesetz. Die meisten Förderzentren werden nun nach und nach aufgelöst, das freiwerdende Personal unterstützt die Inklusionsklassen.

Statt des Zwei-Säulen-Modells wünschten sich manche Koalitionspolitiker wie auch die GEW eine gemeinsame Schule für alle. Aber diesen Kraftakt traute sich Rot-Grün nicht zu. Inzwischen haben viele Bremer den Konsens grundsätzlich akzeptiert. Doch bei der konkreten Umsetzung hakt es immer noch:

- Lehrkräfte ohne Gesamtschulerfahrung fühlen sich nicht ausreichend auf binnendifferenzierten Oberschulunterricht vorbereitet.
- Die Inklusionsklassen sind mit 22 Kindern zu groß und können nur stundenweise in Doppelbesetzung arbeiten.
- Wegen Raumnot müssen Lerngruppen auf zugige Flure ausweichen.

„Dahinter steckt ein grundsätzliches Problem“, findet Bernd Winkelmann, einer der GEW-Landesvorstandssprecher: „Die Politik fasst Reformbeschlüsse, ohne die nötigen Gelder für ihre Realisierung bereitzustellen.“

Eine Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte forderte vergeblich Nachbesserungen: unter anderem kleinere

Klassen, durchgängige Doppelbesetzung im gesamten Inklusionsunterricht sowie mehr Entlastungsstunden für den Zusatzaufwand der Reformprojekte.
Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) hatte bereits zuvor versucht, einzelne Löcher zu stopfen, indem sie neue aufriss: Im Handstreich beschloss sie kurz vor den Sommerferien 2011, knapp 1500 Lehrerstunden in der Stadt Bremen von der Sekundarstufe II auf Grundschulen und Inklusionsklassen zu verlagern. Am Ende wurden dann nur 615 Stunden umgeschichtet. Aber die Fächerwahlmöglichkeiten für Sek-II-Schüler litten dennoch unter solchen und ähnlichen Kürzungen – was wiederum Proteste auslöste.
Auch die neue Jugend- und Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) zog Kritik auf sich: Sie wollte dort, wo freiwillige Ganztagsschulen entstehen sollen, die Horte schließen. Die Einsparungen sollten stattdessen dem Ausbau der Kinderbetreuung von Unter-Dreijährigen (U3) zugute kommen. Für viele Familien wäre das eine Verschlechterung, denn Ganztagsschulen haben kürzere Betreuungszeiten als Horte. Nach Protesten und einem Koalitionsstreit vereinbarte Rot-Grün schließlich, etwas weniger Ganztagsschulen als geplant einzurichten und die Horte dort vorerst weiterzubetreiben.

Spendabel gegenüber Elite-Uni

Während bei Kitas und Schulen um jeden Euro gerungen wird, zeigten sich die Regierenden bisher spendabel gegenüber der Elitehochschule „Jacobs University Bremen“ (JUB). Das Privatunternehmen hat ständig Geldsorgen und wurde bisher regelmäßig vom Land Bremen unterstützt. GEW-Sprecher Winkelmann findet das nicht in Ordnung: „Einerseits wird die JUB gesponsert, andererseits schließt die staatliche Universität ganze Studiengänge wie Sonderpädagogik oder Sport.“ Der Haushaltsentwurf für 2012/13 enthält laut Finanzbehörde allerdings keine Subventionen mehr für die JUB.
Viele öffentliche Hochschulen in Deutschland kompensieren fehlende Staatszuwendungen mit Privatgeldern. An der Universität Bremen hat eine solche Spende zuletzt heftigen Streit ausgelöst: Die Gründer des Satellitenbauers OHB wollen eine Stiftungsprofessur für Raumfahrttechnologie mitbezahlen. Ein Sündenfall, finden Friedensbewegte. Denn OHB arbeitet auch für das Militär, und die Universität hat bereits 1986 an ihre Wissenschaftler appelliert, „Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können“. Was also tun? Vielleicht diese selbstverpflichtende „Zivilklausel“ abschwächen (s. E&W 1/2012)? Darauf ließ sich der Universitätssenat nicht ein. Die Stiftungsprofessur soll es dennoch geben. Denn dabei handele es sich um unproblematische Grundlagenforschung, wie Rektor Wilfried Müller findet.
Am einfachsten ließen sich Bremens Probleme wohl mit einer Gelddruckmaschine lösen. Winkelmann wirbt lieber für legale Lösungen: auf Bundesebene mehr Steuergerechtigkeit herstellen und in Bremen politisch noch klarere Prioritäten auf Bildung setzen.

Eckhard Stengel,
freier Journalist in Bremen

Foto: imago

Dissonanzen bei den Bremer Stadtmusikanten – von einem Schulfrieden ist man in der Hansestadt weit entfernt.

Fakten und Trends

Von den gut 66 000 Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen besuchen in diesem Schuljahr knapp 60000 öffentliche Bildungseinrichtungen.*
Seitdem Bremen 2009 den Inklusionsauftrag in sein Schulgesetz aufgenommen hat, ist die Schülerzahl an Förderzentren von knapp 2500 auf derzeit 1400 gesunken, mit weiter abnehmender Tendenz.**
Während die Große Koalition (1995-2007) insgesamt 950 Lehrer-Vollzeitstellen gestrichen hat, hält Rot-Grün das Stellenvolumen konstant. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bremer Gesamthaushalt liegt mit 17,4 Prozent aber immer noch unter dem Länderschnitt von 20,9 Prozent (2010).***
An den acht öffentlichen und privaten Hochschulen im Land Bremen studierten im Wintersemester fast 33000 Menschen – gut vier Prozent mehr als im Vorjahr.****

*** Quelle: Bremer Bildungsbehörde (www.bildung.bremen.de)**
**** Quelle: Antwort des Senats vom 13. März 2012 auf Kleine Anfrage der Grünen**
***** Quelle: Antwort des Senats vom 10. Januar 2012 auf Kleine Anfrage der CDU**
****** Quelle: Statistisches Landesamt Bremen**

Ineffizienter Gesetzesmurks

// Seit dem 1. April 2011 gibt es das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket. Damit sollen die rund 2,5 Millionen Kinder von Hartz-IV-Beziehern und Niedrigverdienern bei Bedarf Nachhilfe, Zuschüsse für Klassenfahrten, Mitgliedschaften in Sportvereinen oder Musikunterricht erhalten. Die Jahresbilanz fällt allerdings mager aus. //

Am Anfang stand ein Gerichtsurteil (E&W berichtete). Das Bundesverfassungsgericht hatte darin die Berücksichtigung der „besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen“ bei der Hartz-IV-Regelsatzberechnung gefordert (s. E&W 6/2010). Der Bedarf der Kinder dürfe nicht einfach nur geschätzt werden. Die Karlsruher Richter hatten dem Gesetzgeber allerdings die Entscheidung zwischen Geld- oder Sachleistungen freigestellt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung entschied sich für letztere Variante.

Keine gute Entscheidung, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im April in einer Untersuchung feststellte. Das Bildungspaket sei durch hohen Verwaltungsaufwand und entsprechende Kosten gekennzeichnet. Zu den 778 Millionen Euro, die bislang ausgegeben wurden, kommen nach Berechnungen des DGB 163 Millionen Euro Verwaltungskosten. Die Belange der Kinder stünden nicht im Vordergrund, kritisiert der DGB.

In der Praxis sieht das dann beispielsweise so aus: Die Emanuel-Lasker-Schule im Berliner Stadtteil Friedrichshain versucht seit Beginn dieses Schuljahres, eine Lernförderung gemäß Bildungspaket auf die Beine zu stellen. Ein freier Träger für die Nachhilfe war schnell gefunden und anspruchsberechtigte Schüler gibt es unter den rund 300 Schülerinnen und Schülern der integrierten Sekundarschule genug. Ab sechs Lerner könnte die Nachhilfe starten. Allein: Bislang ist die Gruppe noch zu klein. Mehrfache Aufrufe der Schulleitung blieben erfolglos. Über die Gründe kann die Schulleitung nur spekulieren: Manche mieden die Kurse möglicherweise aus Scham, einige hätten sicherlich die Nachhilfe über wohnortnahe Anbieter organisiert, den meisten aber dürfte der bürokratische Aufwand zu hoch sein. Schlechte Noten allein reichen nicht aus. Geld gibt es nur, wenn der Schüler versetzungsgefährdet ist und dies von der Schulleitung gegenüber dem Leistungsträger bestätigt wird.

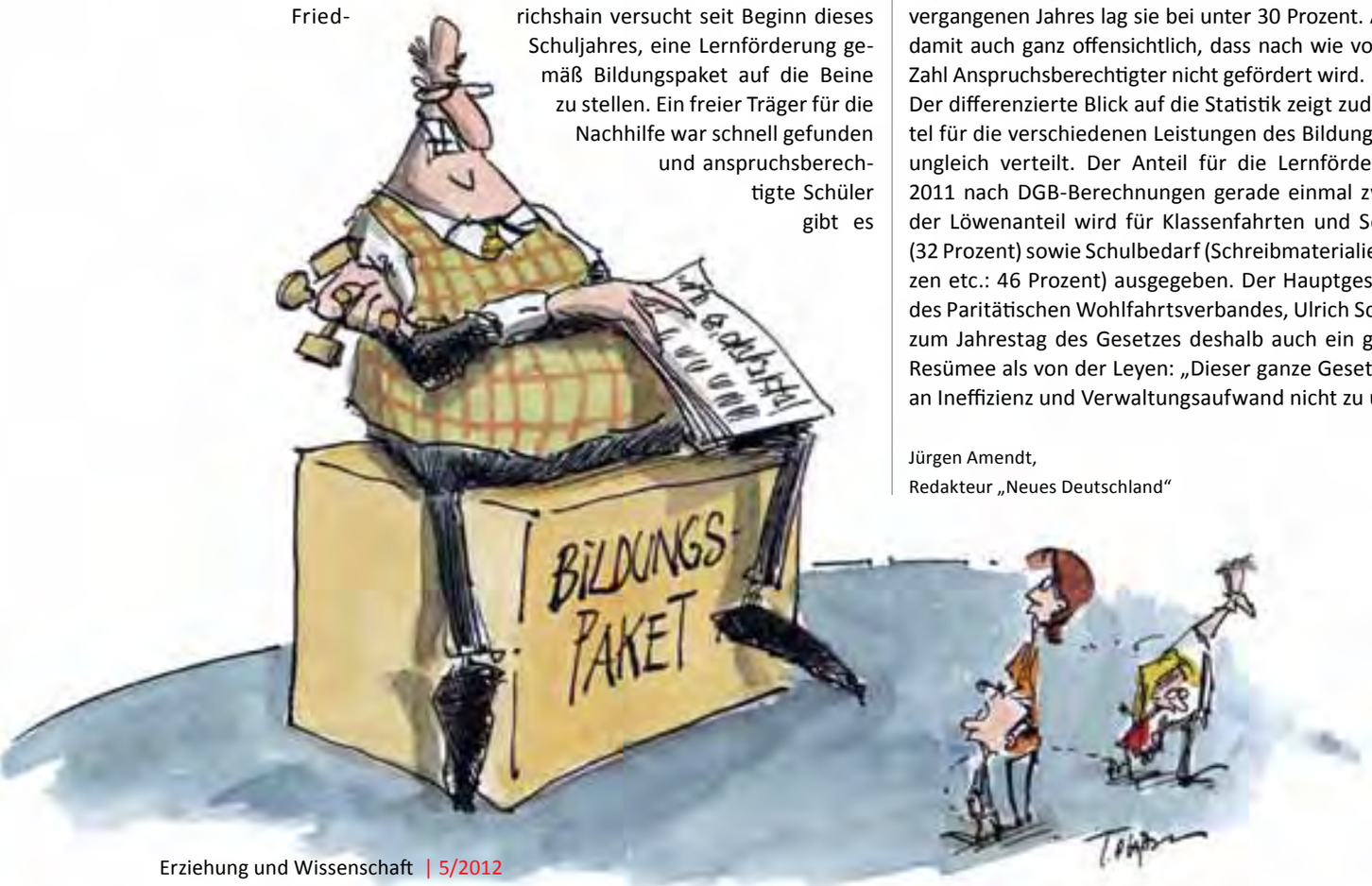
Kein Einzelfall: Bundesweit stellten nach Angaben des Bundessozialministeriums bislang nur fünf Prozent der Eltern einen Antrag auf Nachhilfe. Ein weiterer Grund für die vergleichsweise geringe Nachfrage ist die mangelnde Information: Ein Jahr nach Einführung des Bildungspakets seien noch immer 32 Prozent der Hartz-IV-Empfänger nicht über die staatlichen Hilfen informiert, musste Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) zerknirscht zugeben.

Keine Kurskorrektur

Die Bundesregierung sieht dennoch keinen Grund zur Kurskorrektur. Das Gesetz sei „kein Bürokratiemonster“, verteidigt sich von der Leyen. Die Zahl der Anträge sei in den zurückliegenden Monaten kontinuierlich gestiegen. Das stimmt: Mittlerweile liegt die Antragsquote bundesweit über 50 Prozent, im Juni vergangenen Jahres lag sie bei unter 30 Prozent. Allerdings ist damit auch ganz offensichtlich, dass nach wie vor eine große Zahl Anspruchsberechtigter nicht gefördert wird.

Der differenzierte Blick auf die Statistik zeigt zudem: Die Mittel für die verschiedenen Leistungen des Bildungspakets sind ungleich verteilt. Der Anteil für die Lernförderung betrug 2011 nach DGB-Berechnungen gerade einmal zwei Prozent, der Löwenanteil wird für Klassenfahrten und Schulausflüge (32 Prozent) sowie Schulbedarf (Schreibmaterialien, Schulranzen etc.: 46 Prozent) ausgegeben. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, zog zum Jahrestag des Gesetzes deshalb auch ein ganz anderes Resümee als von der Leyen: „Dieser ganze Gesetzesmurks ist an Ineffizienz und Verwaltungsaufwand nicht zu überbieten.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“



Karikatur: Thomas Plaßmann

FERNE WELTEN entdecken!

ikarus tours

Studien- und Erlebnisreisen – zur Sommerzeit 2012

Das Schönste des Baltikums

8-Tage-Erlebnisreise zu den Kultur- und Landschaftshöhepunkten aller drei baltischen Staaten

Vilnius – Trakai – Kaunas – Nidden – Klaipeda – Siauliai – Riga – Rundale – Gauja Nationalpark – Tallinn

Leistungen:
- Linienflug mit FINNAIR oder CZECH AIRLINES ab versch. dt. Flughäfen
- Übernachtungen in ***-****Hotels mit Frühstück und Abendessen
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Naturschutzgebühr und Fährüberfahrt Kurische Nehrung
- Reiseleitung örtl., deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

201617-03	15.06.12-22.06.12	€ 1.230,-
201617-04	29.06.12-06.07.12	€ 1.230,-
201617-05	20.07.12-27.07.12	€ 1.230,-

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 240,–
Innerdeutsche Anschlussflüge:	+ € 85,–
Mindestteilnehmerzahl:	2 Pers.

Polen – Heimat der Gräfin Dönhoff

8-Tage-Studienreise mit Janusz Tycner durch das ehemalige West- und Ostpreußen: Danzig, Masurische Seen und Kaliningrad

Danzig – Marienburg – Elbing – Quittainen – Allenstein – Masurische Seen – Nikolaiken – Kaliningrad/Königsberg – Kurische Nehrung

Leistungen:
- Linienflug mit LOT POLISH AIRLINES ab Frankfurt bis Danzig
- Übernachtungen in ***Hotels mit Halbpension
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

208622-02	08.07.12-15.07.12	€ 1.590,-
208622-03	19.08.12-26.08.12	€ 1.590,-
208622-04	16.09.12-23.09.12	€ 1.590,-

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 160,–
Innerdeutsche Bahnanreise (Rail & Fly):	+ € 79,–
Innerdeutsche Anschlussflüge:	+ € 250,–
Mindestteilnehmerzahl:	15 Pers.

Brasilien ausführlich

20-Tage-Studienreise mit den herausragenden Attraktionen von Süd nach Nord und umfassendem Amazonas-Besuch

Rio de Janeiro – Iguassú – Curitiba – Ouro Preto – Brasilia – Manaus – Amazonas – Belém – Salvador

Leistungen:
- Linienflüge mit TAM AIRLINES ab/bis Frankfurt
- Inlandsflüge
- Übernachtungen in ****Hotels mit Frühstück (teilw. Halbpension)
- dreitägige Amazonas-Kreuzfahrt auf einem Premium-Schiff
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung deutschspr. ab Rio / bis Salvador

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

243722-03A	07.07.12-26.07.12	€ 6.190,-
243722-04A	04.08.12-23.08.12	€ 6.190,-
243722-05A	06.10.12-25.10.12	€ 5.990,-

Einzelzimmer-Zuschlag:	ab € 980,–
Innerdeutsche Bahnanreise (Rail & Fly):	+ € 79,–
Mindestteilnehmerzahl:	12 Pers.
Optional buchbar:	ab € 1.200,–
4-tägige Pantanal-Verlängerung	

Weitere spannende Reisen im Sommer 2012:

(Preise je Person im Doppelzimmer)

Durchführung der Touren weitestgehend gesichert

Rumänien klassisch

203615-02	16.06.12-23.06.12	€ 990,–

Große Kaukasus-Rundreise

203623-02	26.06.12-14.07.12	€ 2.820,–
203623-03	24.07.12-11.08.12	€ 2.820,–
203623-04	21.08.12-08.09.12	€ 2.820,–

Der Baikal – das Heilige Meer Sibiriens

223002-01	22.06.12-05.07.12	€ 2.590,–
223002-02	20.07.12-02.08.12	€ 2.590,–
223002-03	10.08.12-23.08.12	€ 2.590,–

Große Mongolei-Rundreise

223017-01	08.07.12-26.07.12	€ 3.750,–
223017-02	05.08.12-23.08.12	€ 3.690,–

Klassische China-Rundreise

233006-07	28.07.12-19.08.12	€ 2.895,–
233006-08	11.08.12-02.09.12	€ 2.895,–
233006-09	15.09.12-07.10.12	€ 3.195,–

Peru aktiv

245609-03A	06.07.12-20.07.12	€ 2.850,–
245609-04A	03.08.12-17.08.12	€ 2.850,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

Im Betrieb oft nicht erwünscht

// Ausbildungsbenachteiligte in Deutschland: vor allem junge Menschen aus Migrantenfamilien //

Es gilt zumindest seit den PISA-Studien als „Binsenweisheit“, dass gerade in Deutschland Bildungschancen von sozialer Herkunft abhängen. Besonders benachteiligt sind Migrantenkinder oder junge Menschen aus „Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte“, für die sich zunehmend der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ eingebürgert hat.

Blick zurück

Ein Blick in die Migrationsgeschichte: Ab Mitte der 1950er-Jahre warb die Bundesrepublik im Zuge des wirtschaftlichen Aufbaus zunächst die sogenannten Gastarbeiter aus südeuropäischen Staaten und der Türkei vor allem für einfache und schlecht entlohnte Tätigkeiten, die deutsche Arbeitskräfte nicht übernehmen wollten, an. Sie sollten nach dem Anwerbestopp 1973 wieder in die Heimat zurückkehren. Ihre gesellschaftliche Integration und die ihrer zugezogenen Familienangehörigen wurde daher kaum gefördert. Von ähnlicher quantitativer Bedeutung (jeweils über vier Millionen) war die Zuwanderung der (Spät-)Aussiedler aus osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Sowjetunion, die um 1990 ihren Höhepunkt erreichte. Diese galten als deutsche Volkszugehörige und erhielten mit der Übersiedlung die deutsche Staatsangehörigkeit, durften wählen und gaben dadurch den Ausschlag für die Amtszeitverlängerung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Neben diesen beiden großen Zuwanderungsbewegungen sind in den vergangenen Jahrzehnten Menschen aus der gesamten Welt nach Deutschland gekommen: aufgrund von Arbeit, Ausbildung, Studium (Wirtschaftswanderung), Familienzusammenführung, als Asylsuchende oder Bürgerkriegsflüchtlinge. Die wichtigste Zuwanderung ist derzeit in Deutschland die eng befristete Einreise ausländischer Saisonarbeiter und Werkvertrags-Arbeitnehmer.*

Foto: imago

Junge Erwachsene aus Migrantenfamilien haben häufig nicht nur schulische Nachteile. Der Mangel an Chancengleichheit setzt sich beim Übergang in den Beruf fort.

Startnachteil

Die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien, die heute eine voll qualifizierende Berufsausbildung anstreben und in unserem Bildungssystem durch allgemeine Schulabschlüsse die notwendigen Voraussetzungen für eine duale Ausbildung erwerben, sind überwiegend hier aufgewachsen und haben die deutsche Sprache erlernt. Dennoch schneiden sie gegenüber Altersgenossen deutscher Herkunft in den allgemeinbildenden Schulen schlechter ab und haben auf dem Weg in den Beruf ungünstigere Ausgangsbedingungen. Ihr Startnachteil beginnt bereits in der Grundschule. Denn der oft niedrige sozioökonomische Status und die Bildungsferne ihrer Familien beeinflussen die kognitive Entwicklung, zumal wenn eine Förderung in der Kita nicht möglich ist. Am Ende der Grundschulzeit weisen Migrantenkinder bei vergleichenden Leistungstests wie der IGLU-Studie geringere mathematische und naturwissenschaftliche sowie Lesekompetenzen als Kinder ohne Migrationshintergrund auf. Das schlägt sich wiederum negativ bei den Schulnoten und der Beurteilung ihres Entwicklungspotenzials nieder. Sie erhalten seltener eine Bildungsempfehlung für die Realschule oder das Gymnasium und haben, wenn ein Ausgleich schulischer Defizite nicht gelingt, überproportional häufig einen Hauptschulabschluss als Basis für die weitere Ausbildung. Die beschränkt sich dann überwiegend auf den Zugang zu Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO), da die Qualifizierung in Schulberufen sowie im Studium i. d. R. einen mittleren oder höheren Abschluss erfordert.**

Auswahl diskriminiert

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat in einer Repräsentativbefragung Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich im Vermittlungsjahr 2009/2010 bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Lehrstellenbewerber gemeldet und als „ausbildungsfähig“ eingestuft waren, feststellt: Die erheblich

geminderten beruflichen Zugangschancen junger Menschen nicht deutscher Herkunft sind weder ausschließlich auf deren schlechtere schulische Voraussetzungen noch auf abweichende Strategien im Such- und Bewerbungsprozess oder eine ungünstigere Ausbildungsmarkt-Situation in den Wohnregionen (westdeutschen Ballungsräumen) zurückzuführen. Maßgeblichen Einfluss hat hingegen das Auswahlverfahren ausbildender Betriebe bei der Besetzung der Lehrstellen. Ein gering qualifizierender Abschluss und schlechte Zeugnisnoten in Deutsch und Mathematik, die Jugendliche mit Migrationswurzeln häufiger als ihre deutschen Altersgenossen haben, werden als geringe Lernmotivation, Leistungsfähigkeit, Belastbarkeit und Zuverlässigkeit ausgelegt. Über das von Betrieben skeptisch beurteilte Lern- und Leistungspotenzial hinaus gibt es ferner Bedenken, ob sie auch in die Belegschaft „passen". „Nach der Logik statistischer Diskriminierung" werden diese negativen Eigenschaften auf junge Migrantinnen und Migranten übertragen. Selbst ein mittlerer Abschluss wird weniger anerkannt und fällt bei der Ausbildungsplatzsuche zu ihren Ungunsten aus. Daher beträgt der Anteil erfolgreicher Übergänge in die duale Berufsausbildung von Bewerberinnen und Bewerbern ohne und mit Migrationshintergrund 48 zu 34 Prozent, die Übergangsquote für türkisch-arabisch-stämmige Migrantinnen und Migranten fällt mit 25 Prozent noch weiter ab. Letzteren werden besonders defizitäre Kenntnisse der deutschen Sprache und (Betriebs-)Kultur unterstellt. Dienstleistungsunternehmen mit Kundenkontakt haben dieser Gruppe gegenüber die größten Vorbehalte.***

Solche Ungerechtigkeiten abzubauen, ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch eines der Chancengleichheit und der ökonomischen Vernunft (Stichwort: Facharbeitskräftemangel).

Dietrich Pukas,
Berufspädagoge und Fachdidaktiker

*** vgl. G. Hansen/N. Wenning: Schulpolitik für andere Ethnien in Deutschland, Münster 2003**
**** vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006**
***** BIBB-Report 16/2011**

Jetzt bewerben:

DEUTSCHER PERSONALRÄTE PREIS 2012

Die Zeitschrift „Der Personalrat" aus dem Frankfurter Bund Verlag hat 2010 den „Deutschen Personalrätepreis" begründet. Partner sind der DGB-Bundesvorstand und die HUK-Coburg. Der „Oscar" ging 2010 an den Hauptpersonalrat Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen für dessen Engagement rund um Fragen der Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung im neuen Tarifvertrag der Länder (TV-L). Auch in diesem Jahr wird die zehnköpfige Jury wieder aus den Einsendungen diejenigen auswählen, die sich in besonderer Weise um die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst verdient gemacht haben. Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden" sollen hervorragende Initiativen und Projekte oder auch die Durchsetzung verweigerter Mitbestimmungsrechte in allzu hartleibigen Verwaltungen aus den Jahren 2009 bis 2012 ausgewählt und geehrt werden. Mit dieser Auszeichnung sollen Personalvertretungen für ihre oft aufreibende Arbeit gewürdigt werden. Gleichzeitig soll der Preis eine Motivation für junge Kolleginnen und Kollegen sein, sich in Gewerkschaften und Personalvertretungen für die Interessensvertretung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu engagieren.

Bewerben können sich nicht nur ganze Gremien, sondern auch einzelne Mitglieder oder Gruppen im Personalrat.

Themen, die es wert sind, für eine Auszeichnung eingereicht zu werden, gibt es genug. Im Organisationsbereich der GEW geht es zurzeit insbesondere um die Durchsetzung der Mitbestimmung beim Erlass der sogenannten Lehrerrichtlinien, die durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einseitig verfügt werden, um die Eingruppierung angestellter Lehrkräfte zu regeln.

Einsendeschluss ist der 31. Mai. Der Preis wird im Rahmen des Schöneberger Forums im November 2012 verliehen.

Ilse Schaad, Mitglied der Jury,
Leiterin des GEW-Arbeitsbereiches
Angestellten- und Beamtenpolitik

Alle weiteren Infos finden Sie im Internet unter: www.deutscherpersonalraete-preis.de

Strukturfehler der Bundesrepublik

GEWler erinnern an 40 Jahre Radikalenerlass und fordern die Auflösung des Verfassungsschutzes, der „links“ scharf guckt und „rechts“ vorbeischielt.

Foto: Sarah Holze

// **Aus Anlass des 40. Jahrestages des Radikalenerlasses fand eine GEW-Tagung in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Göttingen statt.** //

„Sie wohnen doch mit anderen Leuten zusammen – ist das eine Wohngemeinschaft?“ – „Nein, ich wohne dort nur zur Untermiete.“ – „Als Lehrer sind Sie doch oft zuhause. Da hätten Sie doch merken müssen, dass das führende Mitglieder der GIM* sind.“ Heute erscheinen uns diese Verhörprotokolle der Berufsverbotsverfahren vor 40 Jahren absurd und lächerlich, doch damals zerstörten sie Biografien. In einer Lesung machten Schauspielschülerinnen des Berliner Grips-Theaters diese Szenen aus einer scheinbar fernen Vergangenheit wieder gegenwärtig. Bei denen, die damals selbst betroffen waren und die nun in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule zusammenkamen, wurden die Erinnerungen an die Verletzungen, an die Zerstörung von Berufskarrieren und Lebensentwürfen wieder wach. In der Diskussion während der GEW-Veranstaltung zum 40. Jahrestag des „Radikalenerlasses“ (s. auch E&W 2/2012) brachen diese Erinnerungen so heftig heraus, dass gar nicht alle Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen konnten.

Zum ersten Mal bot die Bildungsgewerkschaft ihnen ein Forum, auf dem offen auch darüber gesprochen wurde, dass sich damals mancher GEW-Funktionär an der Hatz gegen linke vermeintliche Verfassungsfeinde beteiligt hatte. Grundlage war der Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 16. März, der den „Radikalenerlass“ als Fehler bewertet, durch den eine „verhängnisvolle gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt“ wurde, und „Rehabilitationsmaßnahmen und Entschädigungsleistungen“ fordert. Er richtet sich auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in DGB-Gewerkschaften und verlangt die Rehabilitierung der Opfer von damals (s. Seite 34).

Trotz aller Solidarität …

Frank Behrens ist eines der Opfer. 1974 stufte der Prüfungsamtsleiter seine mit „sehr gut“ bewertete Abschlussarbeit auf „ungenügend“ herunter. Behrens hatte eine Unterrichtseinheit zum Thema „Arbeit“ für Grundschüler entworfen und in die Praxis umgesetzt. Führende Pädagogen wie Wolfgang Klafki, Hans Jochen Gamm und Klaus Mollenhauer stellten ihm hervorragende Zeugnisse aus. Es half ihm nichts. Aus seiner Gewerkschaft, von Eltern und Schülern erfuhr er viel Solidarität – aber nicht nur. Da hieß es in einer Betriebsgruppe, er fahre mit Kindern in DDR-Ferienlager, wo diese an der Waffe ausgebildet würden – beides reine Phantasie. Schließlich wurde Behrens doch noch Beamter auf Lebenszeit. Und es ist ihm sichtlich eine Genugtuung, dass der Senat, der ihn einst hinausgeworfen hatte, nun anlässlich seiner Pensionierung zu einem Empfang einlud.

Nicht alle landeten so glücklich auf den Füßen wie Frank Behrens. Andreas Salomon ist die 700 Kilometer aus Oberbayern nach Göttingen angereist, um zum ersten Mal in den 36 Jahren, die er Berufsverbot hat, mit Betroffenen zusammenzusein und endlich die Solidarität zu erleben, die er zuhause nicht erfahren kann. Er arbeitet an einer Privatschule, dort kann er nicht über seine Geschichte sprechen. Als Student war Salomon im KBW**, dann ist er in die GEW eingetreten, in der Erwartung, dort auch Rechtsschutz zu bekommen. Der Kreisvorsitzende der GEW kaufte ihm am Infostand eine „Kommunistische Volkszeitung“ ab – und nahm diesen Verkauf zum Anlass für den Rausschmiss aus der GEW. Getreu dem Unvereinbarkeitsbeschluss, den der DGB*** offiziell immer noch nicht aufgehoben hat. Danach galten bestimmte „K-Gruppen“ als gewerkschaftsfeindliche Organisationen. Wer allein im Verdacht stand, dort Mitglied zu sein, musste mit seinem Ausschluss aus der Gewerkschaft rechnen.

Waren die Kollegen früher mutiger als heute, wenn sie sich öffentlich zu ihrer linken Gesinnung bekannten und auch an Themen heranwagten, die als heikel galten – wie Frank Behrens mit seinem Unterrichtsprojekt über die Arbeit? Nein, die Situation heute sei nicht vergleichbar mit der damals, meint Lehrerin Angelika Lehndorff-Felsko. „Wir hatten eine relativ breite Bewegung hinter uns.“ Noch heute hat sie Kontakt zu ihrem bald 90 Jahre alten Fachleiter von damals, der sich hinter sie stellte, als sie entlassen werden sollte. „Diese breite Unterstützung kennen die jungen

Kollegen heute nicht mehr. Sie sitzen auf befristeten Stellen und haben eine prekäre Beschäftigungssituation."

Undemokratische Tradition

Die Berufsverbote von 1972 stehen in der Tradition des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, mit dem die Nazis den Staatsapparat in ihrem Sinne säuberten, und dem KPD-Verbot, mit dem das Dogma von der „wehrhaften Demokratie" bekräftigt wurde. Ein „Strukturfehler der Bundesrepublik", meint der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann. Die Gleichsetzung von Rechts und Links sei ebenso unsinnig wie die Auffassung falsch sei, man könne die Demokratie bewahren, indem man Grundrechte wie Meinungsfreiheit und freie Berufsausübung einschränkt. Auch wenn die Berufsverbote mehr oder weniger offiziell als Irrtum erkannt und beerdigt wurden, lebt ihr Geist etwa in der „Extremismusklausel" von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) fort, die vermeintlich linken Gruppen keine Fördermittel für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zukommen lassen will (s. E&W 2/2012). Ideologisch wird der „Extremismus" von rechts und links gleichgesetzt. Doch tatsächlich konnten rechte Terrorgruppen unter den Augen des Verfassungsschutzes morden, während linke Demokraten unter verschärfter Beobachtung standen. Deshalb forderten etliche Diskutanten, den Verfassungsschutz aufzulösen.

Klaus Lipps ist mittlerweile 70 Jahre alt. Er musste gegen zwei Berufsverbote kämpfen, hat sechs Verfahren gewonnen und ging vor fünf Jahren in Pension. Dazwischen lag die Zeit, in der er nachmittags nach der Schule nach Frankreich gefahren ist, um dort mit einem der über 200 Komitees gegen die deutschen Berufsverbote zu sprechen. Damals ist er psychisch zusammengebrochen, brauchte Therapie – und Jahre, um wieder auf die Beine zu kommen. Hart war für ihn, den engagierten Gewerkschafter, dass GEW-Funktionäre ihm den Rechtsschutz verweigern wollten – er hat ihn dank der Unterstützung aus der Mitgliedschaft doch bekommen. Nun hat er mit Kollegen anlässlich des 40. Jahrestages des Ministerpräsidentenerlasses vom 28. Ja-

Fotos: Ulf Rödde

Der Lehrer Frank Behrens ist eines der vielen Opfer des Radikalenerlasses. Er schaffte es schließlich doch noch in den Staatsdienst.

Andreas Salomon hatte nicht so viel Glück wie Frank Behrens. Er erlebte nicht nur den Rausschmiss aus der GEW – er hat auch seit 36 Jahren Berufsverbot.

Resolution des GEW-Hauptvorstands zum Radikalenerlass

Die GEW bewertet den „Radikalenerlass“ und die darauf beruhende Politik der Berufsverbote als eine politische und rechtsstaatlich falsche Entscheidung, die eine verhängnisvolle gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt hat.

Die Politik der Berufsverbote richtete sich gegen gesellschaftliche Alternativen zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und versuchte, diese zu kriminalisieren. Die Politik der Berufsverbote führte zu einer Gesinnungsschnüffelei, die Millionen Menschen betraf und verbreitete ein Klima der politischen Einschüchterung. Die Politik der Berufsverbote war und ist verfassungswidrig.

Die GEW fordert eine umfassende Rehabilitierung der vom sogenannten „Radikalenerlass“ vom 28. Januar 1972 und insbesondere der infolgedessen von Berufsverboten betroffenen Menschen durch Bund, Länder und Kommunen.

Die GEW erwartet von der Politik, diese Fehlentscheidung einzugestehen und Vorschläge für Rehabilitationsmaßnahmen und Entschädigungsleistungen vorzulegen.

Die GEW unterstützt die Forderung, die auf dem Radikalenerlass begründeten Akten dem Verfassungsschutz zu entziehen und sie an das Bundesarchiv weiterzuleiten, um sie den Betroffenen und der Wissenschaft zugänglich zu machen.

Die GEW fordert die Bundesregierung auf, die sogenannte „Extremismusklausel“ unverzüglich zu streichen. Sie kritisiert, dass verantwortliche politische Kräfte weiterhin den Eindruck zu vermitteln suchen, die „Feinde der Demokratie“ stünden links. In diesem Zusammenhang diente die Berufsverbotepolitik schon immer der Blindheit auf dem rechten Auge.

Die GEW bedauert die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse und bittet die davon Betroffenen um Entschuldigung.

Die GEW verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Gewerkschaftstages von 1980, in dem eine Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von 1973 gefordert wird, weil diese „die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in Frage stellen“ und „selbst Gesinnungsschnüffelei in den eigenen Reihen“ zur Folge hatten. Die GEW hat 1989 den Verweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB in Paragraf 8 Abs. 4 ihrer Satzung gestrichen.

Göttingen, 16. März 2012

nuar 1972 eine Internetseite eingerichtet (www.berufsverbote.de). In ihrem Aufruf fordern sie ihre Rehabilitierung und die „politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik“. Im Juni wollen sie den Aufruf mit der Liste der Unterzeichner der Ministerpräsidentenkonferenz übergeben.

Die in der Göttinger Gesamtschule versammelten Berufsverbotsopfer sind mittlerweile meist im Ruhestand. Und auch, wenn es der Großteil schließlich doch in die Schule geschafft hat – heute steht der eine mit knapp 1300 Euro Pension da, ein anderer kommt gerade einmal auf 500 Euro Rente. Allen fehlen etliche hundert Euro Altersbezüge, sei es, weil sie erst nach Jahren in die Schule kamen oder weil sie dann nicht mehr verbeamtet wurden.

Er könne sich noch erinnern, dass sich die Gruppen früher massiv bekämpft haben, deren Kürzel er hier gehört hat, meint Hartmut Tölle, Bezirksvorsitzender des DGB Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt. Es sei gut, dass sie heute alle gemeinsam diskutieren. Er werde sich dafür einsetzen, dass der Unvereinbarkeitsbeschluss des DGB endlich aufgehoben und das Unrecht aufgearbeitet wird.

Die Debatte habe ihm deutlich gemacht, „dass wir diese Diskussion schon früher gebraucht hätten“, betont GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne. Er sei froh, dass der Hauptvorstand mit seinem Beschluss eindeutig zu dem Unrecht der Berufsverbote Stellung genommen hat. Es sei eine „klare Aufforderung an die Landesverbände, entsprechende Gewerkschaftsausschlüsse von damals rückgängig zu machen“.

Karl-Heinz Heinemann,
freier Journalist

*** Gruppe Internationale Marxisten**
**** Kommunistischer Bund Westdeutschland**
***** Deutscher Gewerkschaftsbund**

Weitere Infos finden Sie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/Aus_den_Fehlern_der_Vergangenheit_lernen.html

Wenn Arbeitsstress grenzenlos wird

// Die Entgrenzung des beruflichen Lebens greift um sich – immer mehr Beschäftigte nehmen die Probleme am Arbeitsplatz mit nach Hause. //

Disziplinschwierigkeiten, Erziehungsaufträge der Eltern, schlechte Zusammenarbeit unter Kolleginnen und Kollegen, hoher Verwaltungsaufwand – diese Arbeitsbedingungen charakterisierten den Arbeitsalltag von Lehrkräften, sagte Sabine Weiß, Schulpädagogin an der Ludwig-Maximilians-Universität München, gegenüber Focus Online Ende 2011. Das Nachdenken über berufliche Sorgen höre bei Lehrerinnen und Lehrern nicht mit Verlassen des Schulgeländes auf.

Die aktuelle Studie des DGB-Index' Gute Arbeit* – eine Befragung von 6083 Beschäftigten aller Branchen zum Thema „Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung und Entgrenzung" – bestätigt: Insbesondere Lehrkräfte sind von belastenden Arbeitsbedingungen betroffen. 75 Prozent der 415 befragten Lehrerinnen und Lehrer gaben an, dass sie auch in ihrer Freizeit an Konflikte bei der Arbeit denken müssten. Über die Hälfte der Befragten in der Branche „Erziehung und Unterricht" erledigen sehr häufig oder oft berufliche Aufgaben in ihrer Freizeit (s. Schwerpunkt ab Seite 6). Auf die Frage, wie häufig von ihnen erwartet wird, dass sie auch außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit per E-Mail oder Telefon für ihre Arbeit zu erreichen sind, antworteten über 40 Prozent mit sehr häufig bzw. oft. Hinzu kommt, dass über 30 Prozent angaben, sie leisteten zehn oder mehr Überstunden pro Woche. Von einer ausgeglichenen Work-Life-Balance kann demzufolge nicht die Rede sein. Vielmehr ist die Entgrenzung der Arbeitswelt auch für die pädagogische Arbeit charakteristisch.

Zudem: Wenn Lehrkräfte sich nicht mehr in der Lage fühlen, die Anforderungen des Schulalltags zu bewältigen, führt dies zu Arbeitsstress.** Der wiederum beeinträchtigt psychische und physische Gesundheit: Ermüdung, Nervosität, depressive Verstimmung, Konzentrations- und Schlafstörungen bis hin zur Erschöpfung sind die Folgen (s. E&W 12/2011). Während die klassischen chronischen Gesundheitsschäden wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Muskel-Skelett-Erkrankungen zurückgehen, steigt die Zahl der psychischen Erkrankungen an: Nach Angaben des „Gesundheitsreports 2010" der Techniker Krankenkasse (TK) sind die Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen von 2006 bis 2010 um 53 Prozent gestiegen.***

Foto: imago

Sehr viele Lehrkräfte leiden unter belastenden Arbeitsbedingungen: Laut einer aktuellen DGB-Studie gaben 75 Prozent der Befragten an, dass sie sich auch in ihrer Freizeit mit den Problemen und Konflikten ihres Berufsalltags befassen.

Mehr Prävention nötig

Mittlerweile hat auch die Politik die Gefahr erkannt: Arbeitsbedingte psychische Belastungen bilden ab 2013 einen Schwerpunkt der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA), einer konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern zur Stärkung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.****

Fest steht: Der Handlungsbedarf ist enorm, die gesetzliche Verpflichtung der Kultusministerien klar. Arbeitsschutzmaßnahmen kosten viel Geld, kranke und frühpensionierte oder frühverrentete Lehrkräfte allerdings auch. Was zahlt sich letztlich mehr aus?

Anne Jenter,
Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Frauenpolitik,
Constanze Beierlein,
Referentin Vorstandsbereich Vorsitzender

Quellen:

*** DGB-Index Gute Arbeit GmbH: Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung. Ergebnisse der Repräsentativbefragung 2011. Berlin, 2012**

**** Zapf, D. & Semmer, N. K.: Stress und Gesundheit in Organisationen, in: H. Schuler (Hrsg.), Enzyklopädie der Psychologie, Serie III, Bd. 3, Göttingen, 2004**

***** Techniker Krankenkasse: Gesundheitsreport 2010 Hamburg, 2010**

****** Urban, H.-J., Pickshaus, K., Fergen, A.: Das Handlungsfeld psychische Belastungen – die Schutzlücke schließen, in: L. Schröder & H.-J. Urban, Gute Arbeit. Zeitbombe Arbeitsstress – Befunde, Strategien, Regelungsbedarf. Frankfurt am Main, 2012**

Foto: Kay Herschelmann

Nach harten, zähen Verhandlungen und nicht zuletzt durch die massive Unterstützung der Beschäftigten erzielten die Gewerkschaften mit Bund und Kommunen einen ordentlichen Tarifabschluss: mit 6,42 Prozent in zwei Jahren ein echtes Plus für den Geldbeutel der Mitglieder (v.l.n.r.): GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad, Frank Stöhr, Verhandlungsführer der dbb Tarifunion, ver.di-Chef Frank Bsirske, ver.di-Verhandlungsführer Achim Meerkamp (halb verdeckt), Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), VKA-Präsident Thomas Böhle und Bernhard Witthaut, Vorsitzender der GdP.

Deutliche Gehaltserhöhung

// Der Tarifabschluss mit Bund und Kommunen bringt den Beschäftigten am Ende der zweijährigen Vertragslaufzeit eine Gehaltssteigerung um 6,42 Prozent. Das gute Tarifergebnis haben die Gewerkschaftsmitglieder in zwei massiven Warnstreikwellen erkämpft. Kritik gibt es wegen der fehlenden sozialen Komponente. //

Nach zwei Warnstreikwellen, an denen sich über 300 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – darunter viele GEW-Mitglieder – beteiligt hatten, war der Druck auf die Arbeitgeber in der dritten und letzten Verhandlungsrunde Ende März groß. Drei Tage haben die Gewerkschaften mit dem Bund und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) um einen Abschluss gerungen. Am Ende gab es erstmals, seit der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gilt, eine Einigung auf dem Verhandlungsweg – ohne Schlichtung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Tabellenentgelte werden in drei Schritten erhöht: Rückwirkend zum 1. März 2012 um 3,5 Prozent, ab 1. Januar 2013 um weitere 1,4 Prozent und ab 1. August 2013 noch einmal um 1,4 Prozent. Da die Erhöhungen jeweils aufeinander aufbauen, liegen die Tabellenwerte am Ende der zweijährigen Laufzeit um 6,42 Prozent höher als im Februar 2012. Das ist ein Zuwachs, der deutlich genug über der aktuellen Teuerungsrate liegt, um den Beschäftigten ein echtes Plus im Geldbeutel zu sichern.

Eine Erzieherin in einer kommunalen Kita in der Entgeltgruppe S 6 Stufe 4 erhält ab August 2013 ein um 168 Euro höheres Gehalt als im Februar 2012. Für eine Lehrkraft an einer kommunalen Schule in der Entgeltgruppe 13 Stufe 4 beträgt der Gehaltssprung sogar 256 Euro. Die beiden Beispiele zeigen auch den Haken einer rein prozentualen Erhöhung: Wer ein hohes Einkommen hat, erhält absolut einen höheren Gehaltszuwachs als die Bezieherinnen und Bezieher niedrigerer Einkommen. Deshalb hatten die Gewerkschaften einen Mindestbetrag von 200 Euro gefordert. Dieser hätte sichergestellt, dass insbesondere untere Einkommen überproportional steigen. Man kann darüber streiten, ob es die Aufgabe von Tarifrunden sein kann und soll, die in der Entgelttabelle angelegten Abstände zu korrigieren. Nicht zu bestreiten ist jedoch, dass die Forderung nach einer „sozialen Komponente“ ein wichtiger Teil der Forderungsstruktur der Gewerkschaften und ein Hauptanliegen vieler Beschäftigter war. Dafür haben sie sich in erster Linie an den Warnstreiks beteiligt. Dass die Gewerkschaften sich in dieser Frage nicht durchsetzen konnten, hat daher für Unmut gesorgt.

No go für Sockelbetrag

Die Arbeitgeber waren jedoch zu keinem Zeitpunkt bereit, über eine Lösung mit Mindest- oder Sockelbetrag zu verhandeln. Ihre öffentlich vorgetragenen Argumente lauteten wie in früheren Tarifrunden: Stiegen die Einkommen in den unteren Entgeltgruppen überproportional, erhöhe sich der Druck zur Privatisierung massiv. Der Verhandlungsmarathon machte deutlich: Hätten die Gewerkschaften an dieser Forderung festgehalten, wären die Verhandlungen gescheitert. Daher mussten die Tarifkommissionen der Gewerkschaften einschätzen, ob sie angesichts eines Angebots, das allen Beschäftigten nach

Jahren des Reallohnverlustes endlich wieder ein echtes Plus bringt, in der Lage wären, allein für den Sockelbetrag einen erfolgreichen Erzwingungsstreik zu führen. Dabei mussten sie mit in Betracht ziehen, wie die Öffentlichkeit darauf reagieren würde, wenn die Gewerkschaften ein mögliches Ergebnis, das Medien bereits als „gewaltig“ und „Trendwende“ feierten, ablehnen und wochenlange Streiks androhen. Dafür hätte sicher kaum jemand Verständnis gehabt.

Einige kritische Stellungnahmen zum Tarifergebnis bemängelten die neue Regelung zum Jahresurlaub, die Teil der Einigung ist (siehe Kasten). Entgegen der Hoffnung, dass infolge des Urteils des Bundesarbeitsgerichts (BAG) auch in den kommenden Jahren ein Urlaubsanspruch von 30 Tagen für alle Beschäftigten gesichert sei, war klar, dass die Arbeitgeber die bisherige TVöD-Urlaubsregelung zum 1. Januar 2013 kündigen würden – sollte es in dieser Runde keine Einigung geben. Damit wären ab diesem Zeitpunkt alle Neueingestellten auf den gesetzlichen Mindesturlaubsanspruch von 24 Tagen gefallen.

Dann hätte man – wie bei der Arbeitszeiterhöhung 2004 – vor der Situation gestanden, dass der Druck auf die Gewerkschaften, einer Neuregelung zuzustimmen, von Tag zu Tag gestiegen wäre. Auch damals gab es immer mehr „Neue“ mit schlechteren Bedingungen. Aus Sicht der Beschäftigten war es daher richtig, die durch das BAG-Urteil entstandene Lücke möglichst schnell zu schließen. Die neue Urlaubsregelung ist keine Niederlage, sondern im Vergleich zur früheren Tarifregelung gerade für Neueingestellte sowie junge Kolleginnen und Kollegen eine gute Lösung.

Übertragung auf Beamte

Mit jedem Schritt der Gehaltserhöhung mindert sich auch der Tabellenabschlag für Lehrkräfte, so dass die „Lehrertabelle“ bei Bund und Kommunen in wenigen Jahren Geschichte sein wird. Dann werden endlich auch alle Lehrkräfte nach der allgemeinen Entgelttabelle bezahlt. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat außerdem angekündigt, sich im Kabinett dafür einzusetzen, dass das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen wird. Die kommunalen Beamtinnen und Beamten sind nicht betroffen, für sie gelten die Besoldungsregelungen der Länder.

Insgesamt können die Gewerkschaften und ihre Mitglieder mit dem Ergebnis der Tarifrunde zufrieden sein. Dieses ist nicht vom Himmel gefallen, die Beschäftigten haben es in zwei imposanten Warnstreikwellen erkämpft. Die Gewerkschaftsmitglieder haben nachdrücklich demonstriert, was man erreichen kann, wenn man bereit ist, für die Forderungen gemeinsam zu kämpfen.

Für die Tarifrunde 2013 sollten insbesondere angestellte Lehrkräfte erkennen, dass nur so für sie zum ersten Mal ein Eingruppierungstarifvertrag durchzusetzen sein wird. Gut 200 000 Lehrkräfte sind kampfstark – aber nur, wenn sie sich in der GEW zusammenschließen und bereit sind, im Bedarfsfall zu streiken – nicht einen Tag, sondern bis das Ziel erreicht ist.

Ilse Schaad,
Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs
Angestellten- und Beamtenpolitik

www.gew-tarifrunde-tvoed.de

Neue Urlaubsregelung

Kurz vor der abschließenden Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bei Bund und Kommunen hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 20. März entschieden, dass die Urlaubsstaffelung nach Lebensalter in Paragraf 26 Abs. 1 Satz 2 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) gegen das Verbot der Altersdiskriminierung verstößt (9 AZR 529/10). Aus der Pressemitteilung des BAG geht auch hervor, dass der Verstoß nur durch eine Anpassung der Urlaubsdauer „nach oben“ beseitigt werden kann. Der Urlaubsanspruch beträgt somit im Jahr 2012 für alle Beschäftigten im Geltungsbereich des TVöD 30 Tage. Für Lehrkräfte ändert sich nichts, da ihr Urlaubsanspruch durch die Schulferien abgegolten ist.

Diese Ausgangslage nahmen die Arbeitgeber zum Anlass, in der Tarifrunde eine Neuregelung von Paragraf 26 Abs. 1 zu fordern. Sie drohten, den Paragrafen zum Jahresende zu kündigen. Dies ist nach Paragraf 39 Abs. 4 Buchstabe f TVöD jederzeit mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende gesondert möglich.

Die Neuregelung in der Tarifeinigung sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2013 ein Urlaubsanspruch von 29 Tagen, ab Vollendung des 55. Lebensjahrs von 30 Tagen besteht. Für alle Beschäftigten, die jetzt in einem Arbeitsverhältnis stehen, gilt ein Besitzstandsschutz. Wenn sie am 31. Dezember 2011 beschäftigt waren und Ende 2012 mindestens 40 Jahre alt sind, bleibt ihnen der Urlaubsanspruch von 30 Tagen erhalten. Alle anderen bekommen ab dem 1. Januar 2013 einen Urlaubsanspruch von 29 Tagen. Das bedeutet für alle, die jünger als 30 Jahre sind, eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Regelung. Die Erhöhung auf 30 Tage für Beschäftigte, die älter als 55 sind, ist auch nach dem neuen Urteil rechtskonform, da in diesem Alter unbestreitbar ein höherer Erholungsbedarf vorliegt. Die Tarifparteien gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Regelung vor Gericht Bestand haben würde.

Nach dem BAG-Urteil haben alle TVöD-Beschäftigten einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen. Dieser wirkt sich aber nicht als Besitzstand aus. Das heißt für alle, die zum 31. Dezember 2012 noch keine 40 Jahre alt sind: Ab dem nächsten Jahr gilt ein Urlaubsanspruch von 29 Tagen.

Beispiel: Eine Erzieherin in einer kommunalen Kita wurde 2010 im Alter von 23 Jahren eingestellt. Sie hatte einen Urlaubsanspruch von 26 Tagen pro Jahr. 2012 erhält sie in Folge des Urteils 30 Tage. Ab 2013 richtet sich ihr Urlaubsanspruch nach der neuen Regelung. Da sie noch nicht 55 Jahre alt ist, hat sie einen Anspruch auf 29 Urlaubstage pro Jahr. I.S.

Alleine mit der Verantwortung

// Was tun, wenn Schülerinnen oder Schüler mit einem Amoklauf drohen? Schulleiter müssen dann oft schnell reagieren: Lassen sie den Unterricht ausfallen oder halten sie die Drohung für einen schlechten Scherz und schließen die Schule nicht? //

Das Heinrich-von-Gagern-Gymnasium in Frankfurt am Main: „Amokalarm" machte die Runde …

Unter den Schülerinnen und Schülern des Heinrich-von-Gagern-Gymnasiums in Frankfurt am Main machte Ende vergangenen Januars das Gerücht die Runde, die Schule könnte demnächst von einem Amokläufer angegriffen werden. Deshalb wandten sich einige Jugendliche an den Direktor. Der Schulleiter überlegte, den Unterricht ausfallen zu lassen. Schließlich entschied er sich dagegen, informierte aber die Polizei. Beamte in Zivil sicherten daraufhin den Schuleingang. Es passierte nichts. Wenige Tage später wurde der Jugendliche, der die Drohung ausgesprochen haben soll, gefasst. Der Direktor erhielt für seine Entscheidung Lob von allen Seiten.

Zehn Tage nach diesem Vorfall: An der Frankfurter Ziehenschule, die nur wenige Kilometer Luftlinie vom Gagern-Gymnasium entfernt liegt, fiel der Unterricht aus. Grund war die Entscheidung des stellvertretenden Schulleiters. Er war am Abend zuvor von der Polizei über einen Eintrag im sozialen Netzwerk Facebook informiert worden. Ein Jugendlicher hatte dort eine Attacke auf die Schule angekündigt. Die Verantwortung, den Unterricht trotzdem stattfinden zu lassen, wollte der stellvertretende Schulleiter nicht übernehmen. Das Stadtschulamt machte ihm deshalb Vorwürfe. Die Polizei zeigte sich überrascht. Die Bild-Zeitung spottete über den stellvertretenden Direktor, er habe einen „Larifari-Streit unter Schülern" zu einem „Amokalarm" gemacht.

Wie mit Drohungen umgehen?

Zwei Fälle, die deutlich machen, in welch schwieriger Situation Schulleitungen sind, wenn sie von Drohungen erfahren. Sollen sie sich unbeeindruckt zeigen und mit dem Unterricht fortfahren? In fast allen Fällen geht das gut. Aber wenn sich tatsächlich ein Amoklauf wie in Erfurt 2002 oder wie vor drei Jahren in Winnenden ereignet, tragen sie zumindest moralisch die Verantwortung. Auch juristisch dürfte die Entscheidung der Schulleiter überprüft werden. Aber sollen sie deshalb bei jeder Drohung in einem sozialen Netzwerk die Schule schließen? Und sich dann die Kritik anhören, sie hätten überreagiert und Schülerinnen und Schülern einen Weg aufgezeigt, den Unterricht ausfallen zu lassen? Eine Entscheidung, die niemand treffen möchte. Zwar haben zahlreiche Kultusministerien Leitlinien für den Umgang mit Bedrohungslagen veröffentlicht. Diese beschäftigen sich aber in der Regel mit tatsächlichen Amokläufen – nicht mit Ankündigungen.

Im Fall der Ziehenschule haben sich die Schulleiter der Frankfurter Gymnasien und der Beruflichen Schulen mit ihren Kolleginnen und Kollegen solidarisiert. Die Kritik an der Schließung der Schule hätten sie „mit großem Befremden und Empörung" zur Kenntnis genommen, hieß es in einer Stellungnahme. Jochen Nagel kann die Reaktion der

Schulleiter gut nachvollziehen. Der hessische GEW-Vorsitzende hält Häme gegen den stellvertretenden Direktor der Ziehenschule für außerordentlich unfair: „Eine solche Entscheidung kann ein Schulleiter unmöglich alleine treffen – man darf die Verantwortung nicht auf Einzelne abwälzen." Seine Forderung: Bei jedem Schulamt in Deutschland muss dauerhaft ein Krisenstab eingerichtet werden, in dem etwa Mitarbeiter des schulpsychologischen Dienstes und der Polizei vertreten sind. Der Stab sollte bei einem angekündigten Amoklauf sofort zusammenkommen und gemeinsam mit dem Schulleiter eine Entscheidung treffen. Zugleich fordert Nagel mehr Prävention. Viele Amokdrohungen ließen sich vermeiden, wenn Schulen die Gelegenheit hätten, sich intensiver mit dem Thema Mobbing auseinanderzusetzen. Denn fast immer seien es gemobbte Jugendliche, die schließlich mit Gewalttaten zumindest drohten.

Der Diplom-Psychologe Jens Hoffmann plädiert wie Nagel für eine enge Vernetzung zwischen Schulen sowie schulpsychologischen Diensten und der Polizei. „Diese Kontakte müssen in ‚Friedenszeiten' geknüpft und gepflegt werden – nicht erst, wenn es eine Drohung gibt", sagt Hoffmann, der zu den bundesweit führenden Experten in der Amok-Forschung zählt und in Darmstadt das Institut für Psychologie und Bedrohungsmanagement leitet.

Auch Hoffmann ist der Auffassung, dass Schulleiter alleine mit der Reaktion auf eine Amokdrohung überfordert seien. Er sagt aber auch: „In den meisten Fällen wird überreagiert." Selbst wenn es schwerfalle, rät Hoffmann auch in einer Bedrohungslage zu Besonnenheit. Es lasse sich durchaus objektiv feststellen, wie ernst eine Drohung einzuschätzen ist. Der Psychologe hat dafür „Dyrias" entwickelt – die Abkürzung steht für „Dynamisches Risiko Analyse System". Allerdings muss dieses mit möglichst vielen Angaben über den potenziellen Täter gefüttert werden: Ist er Einzelgänger, hat er Zugang zu Waffen? Am Ende steht eine Einschätzung, wie ernst die Drohung zu nehmen ist. Sowohl in Erfurt als auch in Winnenden hätte „Dyrias" vor einer hochgradig gefährlichen Lage gewarnt. Die Krux dabei: Man muss den Jugendlichen, der einen Amoklauf ankündigt, kennen. An einer Version für anonyme Drohungen arbeitet Hoffmann noch.

Fotos: Monika Müller

… und verunsicherte Schulleitung und Schülerschaft. Verantwortliche sind oft überfordert.

„Alles ernst nehmen"

Auch Rüdiger Niemann, Referent im Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt, kennt Dyrias. Doch technische Hilfsmittel könnten noch so gut sein – eine Entscheidung falle dem Schulleiter trotzdem nicht leicht. „Das Problem ist, dass Sie eine solche Situation ja nicht üben können", sagt Niemann. Er plädiert dafür, an allen Schulen Krisenteams einzurichten, was auch das hessische Kultusministerium empfiehlt. „Darin können Lehrkräfte, Elternbeiräte, Sekretärinnen oder der Hausmeister vertreten sein", sagt Niemann. Bei einer Bedrohungslage sollten die Schulleiter das Krisenteam einberufen. Prinzipiell, sagt Niemann, müsse man alle Drohungen ernst nehmen. Ziel sei jedoch, dass die Schule zwar so gut wie möglich gesichert wird, aber trotzdem offen bleibt. Auf der Internetseite des Schulelternbeirats der Ziehenschule erfährt der stellvertretende Direktor derweil ein hohes Maß an Solidarität. Mehrere Mütter und Väter schreiben, er habe genau richtig gehandelt. Unterdessen macht in Hessen ein weiterer Fall Schlagzeilen. In Hünfeld sicherte die Polizei mit einem Großaufgebot mehrere Schulgebäude. Zeugen wollten einen Mann mit einem Gewehr gesehen haben. Erst nach einigen Stunden gab es Entwarnung. Der Mann war kein Amokläufer, sondern ein Passant, der eine Abkürzung über den Schulhof genommen hatte und dabei einen schwarzen Regenschirm unter dem Arm trug.

Georg Leppert,
Redakteur der „Frankfurter Rundschau"

„Die Schulen können viel machen“

// Die Schriftstellerin Ines Geipel befasst sich intensiv mit Amokläufen an Schulen. Vor Kurzem ist ihr Buch „Der Amok-Komplex“ erschienen. E&W sprach mit der Autorin. //

E&W: Frau Geipel, Sie haben unter anderem die Amokläufe in Erfurt, Emsdetten und Winnenden untersucht. Lassen sich klare Parallelen erkennen?

Ines Geipel: Sicherlich. Zum einen haben wir es immer mit einem bestimmten Täter-Typus zu tun: männlich, um die 18 Jahre alt, mit hohem IQ, aber wenig empathiefähig. Und es sind fast immer Jungs in höchster Not, die zu Tätern werden. In allen Fällen wurden die späteren Amokläufer über Jahre hinweg handfest gemobbt.

E&W: Das hört sich an, als gäbe es durchaus Warnsignale vor einem Amoklauf.

Geipel: Die gibt es, aber natürlich reden wir hier von einem hochkomplexen Phänomen. Fakt ist, dass die Täter unter einem enormen Druck stehen. Das entschuldigt natürlich diese Morde nicht. Aber wir müssen über den Druck an Schulen nachdenken, über unsere Kultur der Beschämung.

E&W: Gibt es Schulen, an denen das Risiko eines Amoklaufs besonders hoch ist?

Geipel: Prinzipiell lässt sich sagen: Je autoritärer die Ausrichtung einer Schule, desto größer die Gefahr. Wenn der Leistungsdruck überhand nimmt, es aber gleichzeitig keine Anlaufstelle für Schüler in psychischer Not gibt, kann es leicht zu einer Eskalation kommen.

E&W: Nach den Amokläufen wurden aber auch immer die Verrohung durch Gewaltfilme und Videospiele sowie der leichte Zugang zu Waffen als Gründe für die Tat genannt. Stimmen Sie dem zu?

Geipel: Richtig ist, dass all diese Kids vorher über lange Zeit Killerspiele gespielt haben. Aber das allein ist nicht der Grund. In den USA haben Jugendliche bis zu ihrem 18. Lebensjahr schon mehr als 30 000 Morde im Fernsehen gesehen. Trotzdem drehen die wenigsten von ihnen durch. Dass der Zugang zu Waffen auch durch die Änderung des Waffengesetzes nicht wesentlich erschwert wurde, ist nicht nachzuvollziehen. Es ist noch immer zu leicht, an scharfe Waffen heranzukommen. Ein Unding.

E&W: Wie bewerten Sie die Reaktionen von Schulen auf die Amokläufe?

Geipel: Es wurden jede Menge technische Neuerungen eingeführt. Schulen sind mit Fluchtwegen gebaut worden, die Polizei hat ihre Strategie verändert, die Rettungsketten haben sich professionalisiert. Aber ist eine Bürokratisierung des Phänomens Amok allein die Lösung? Ich habe mit vielen Lehrkräften gesprochen, die mir gesagt haben: Mit derartigen Maßnahmen lösen wir den Gordischen Knoten, mit dem wir es bei Amokläufen zu tun haben, nicht.

E&W: Was wäre präventiv zu tun?

Geipel: Schulen können viel machen und beispielsweise die Nöte der Jugendlichen stärker wahrnehmen. Das ist natürlich leicht gesagt. Wenn es um Amok geht, gibt es nicht Punkt eins bis zehn, die wir abarbeiten, und alles ist wieder gut. Die Schule des neuen Tötens ist ein dynamisches System. Die Jungs radikalisieren sich aneinander. Dieses Programm gilt es aufzubrechen, und da sind alle gefragt: Eltern, Großeltern, Freunde, Schulen, Politik, Gesellschaft, wir alle. Was die Schulen angeht: Warum wird Erstklässlern heute immerzu vor allem etwas von Leistung erzählt. Warum können sie nicht erst einmal mitbekommen, was es für einen Spaß macht zu lernen? Ich halte nichts von diesen Druck- und Bimsschulen, die auf einmal wieder Renaissance haben, von einer beschämenden Pädagogik, die Schülerinnen und Schülern unentwegt nachweist, dass sie nichts drauf haben.

E&W: In Frankfurt gab es kürzlich den Fall, dass nach einer Drohung der Unterricht ausfiel. Der stellvertretende Schulleiter, der diese Entscheidung getroffen hatte, wurde dafür scharf kritisiert (s. Seite 38). Wie bewerten Sie das?

Geipel: Eine schwierige Situation. Stellen Sie sich vor, der Unterricht hätte stattgefunden und es wäre etwas passiert … Man sieht an so einem Beispiel, in welchem Dilemma die Schulen heute stecken. Das Phänomen Amok hat uns eben auch eine Angstkultur beschert. Umso wichtiger, dass wir den Komplex auch wirklich differenziert anschauen und nicht mehr als Einzelgeschichte abwehren. Allerdings: Ein Schulleiter ist mit dem Problem, wenn er keine Unterstützung erhält, zwangsläufig überfordert.

Foto: dpa

Ines Geipel

Interview: Georg Leppert,
Redakteur der „Frankfurter Rundschau“

Das Buch „Der Amok-Komplex oder die Schule des Tötens“ von Ines Geipel ist im Verlag Klett-Cotta erschienen. Es kostet 19,95 Euro.

Gleich, aber doch anders

// Wie sieht die Zukunft der Fachhochschulen im Hochschulsystem aus? Und wie können mehr Absolventen zur Promotion gebracht werden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Tagung der GEW in Fulda. //

Die Fachhochschulen (FHs) haben sich gewandelt. In diesem Punkt waren sich alle Teilnehmenden einig. Längst ist die Unterscheidung überholt, nach der Fachhochschulen reine Lehreinrichtungen sind, während die „echte" Wissenschaft an den Universitäten stattfindet. „Die Fachhochschulen sind keine Hochschulen zweiter Klasse, sie sind aus unserem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken", sagte Andreas Keller, der im Vorstand der GEW für Hochschule und Forschung verantwortlich ist. Keller betonte den wesentlichen Beitrag zur sozialen Gleichstellung, den die FHs leisteten: Mehr als 40 Prozent der Studierenden hätten kein Abitur, viele von ihnen stammten aus bildungsfernen Familien. Nun sei es an der Zeit, „überkommene Statushierarchien in Frage zu stellen", sagte Keller.

Thorsten Wilhelmy aus der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats stellte auf der gut besuchten Tagung, die die GEW zusammen mit der Hochschule Fulda veranstaltete, die Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen vor, die der Rat erarbeitet hat. Darin heißt es, dass die Typendifferenzierung durchaus sinnvoll sei. Die Zukunft sei nicht ein gemeinsamer Hochschultyp, denn das Bildungssystem profitiere von den Spezifika der FHs. Wohl aber sei mehr Durchlässigkeit nötig. Der Transfer von Fachhochschulabsolventen, die nach ihrem Bachelor-Abschluss an eine Universität wechseln wollen, gelinge nicht, kritisierte Wilhelmy. Das liege auch an den hohen Zulassungshürden der Unis.

Problem: Promotion

Eine der wichtigsten Fragen in der Debatte beschäftigt sich mit der Möglichkeit, Promotionen abzulegen. Ein allgemeines Promotionsrecht für FHs sei politisch nicht durchzusetzen, so Wilhelmy. Dennoch müssten mehr ihrer Absolventen die Chance bekommen, den Doktortitel zu erlangen. Derzeit stammt nur ein Prozent der in Deutschland abgeschlossenen Promotionen von Fachhochschulabsolventen.

Wie sich daran etwas ändern könnte, hat eine GEW-Projektgruppe von Doktorandinnen und Doktoranden untersucht. Im Mittelpunkt stehen für sie Kooperationen zwischen FHs und Unis. Diese dürften nicht nur zu Graduierten- und Promotionskollegs führen. Wichtig sei auch die bilaterale Betreuung durch Fachhochschul- und Universitätsprofessoren.

Dass FH-Absolventen in der Praxis von einer Promotion eher ferngehalten werden, hat eine Untersuchung der Hochschule Hannover gezeigt, die Isabel Beuter vorstellte. Danach unterhalten nur 35 der 101 staatlichen Fachhochschulen Kooperationen mit Universitäten. In Informationsmaterialien über Promotionskollegs seien die FH-Absolventen als Zielgruppe oft gar nicht genannt.

Karim Khakzar, Präsident der Hochschule Fulda, nannte das Promotionsrecht für einzelne Fachbereiche als weitere Möglichkeit, die Chancen der Absolventen zu verbessern. Zugleich sprach er das Problem mangelnder Ressourcen an. Die FHs hätten in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, etwa die Weiterbildung. „Das begrüßen wir auch sehr", sagte Khakzar. Allerdings habe sich die Ausstattung der FHs kaum verbessert. Dass die Bildungsstätten Probleme haben, den Bedarf an Professorinnen und Professoren zu decken, haben auch die Doktoranden in der GEW festgestellt. Als erster Schritt, daran etwas zu ändern, müssten tarifliche Ungleichheiten zwischen den Beschäftigten an Universitäten und Fachhochschulen beseitigt werden.

Unterdessen hat die GEW bei einer Anhörung im Bundestag vorgeschlagen, die staatliche Forschungsförderung für FHs zu öffnen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen erzielten viele Einrichtungen gute Forschungs- und Innovationsleistungen, sagte Hochschulexperte Keller. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) müsse die FHs deshalb als Mitglieder aufnehmen und Förderanträge zulassen.

Georg Leppert,
Redakteur der „Frankfurter Rundschau"

Foto: dpa

Keine Hochschulen zweiter Klasse – trotzdem gibt es an Fachhochschulen beispielsweise kein Promotionsrecht.

„Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren“

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „Fair Childhood“.

Foto: dpa

Vera Dwors

// Dank des Netzwerks Faire Metropole Ruhr* kaufen heute über 50 Städte, Gemeinden und Kreise im Pott keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr ein. Für ihr Engagement wurde die Initiative im März mit dem Fairtrade Award 2012 ausgezeichnet. Ein Interview mit Netzwerk-Sprecherin Vera Dwors. //

E&W: Frau Dwors, jeder Verbraucher kann im Supermarkt oder Weltladen fair gehandelten Kaffee kaufen. Aber kann eine Stadt oder gar eine ganze Region fairer Kunde sein?

Vera Dwors: Selbstverständlich. Kommunen sind sogar der größte Konsument im Land. Jährlich vergibt die öffentliche Hand bundesweit Aufträge im Wert von etwa 360 Millionen Euro, kauft beispielsweise Kaffee fürs Rathaus, Bälle für die Schulen und Kindergärten, Uniformen für Polizei und Feuerwehr oder Pflastersteine für den Platz vor dem Rathaus. Viele dieser Produkte werden jedoch unter unfairen Bedingungen gefertigt. Mitunter ist sogar noch Kinderarbeit an der Tagesordnung.

E&W: Die Region Ruhr nennt sich Faire Metropole Ruhr. Was macht der Pott anders als der Rest der Republik?

Dwors: Alle 54 Kommunen der Kulturhauptstadt sowie vier Landkreise haben sich 2010 über eine „Magna Charta Ruhr“ verpflichtet, bei den öffentlichen Ausschreibungen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr zu kaufen. Das heißt konkret: Vor der Vergabe schauen die Stadträte nicht mehr wie früher nur darauf, welcher Anbieter am billigsten liefern kann. Sondern vielmehr, welcher Anbieter auch soziale Kriterien berücksichtigt, eben Produkte anbietet, für deren Herstellung in Asien, Osteuropa, Lateinamerika oder Afrika niemand ausgebeutet wurde. Begonnen hat das Projekt 2008 als Netzwerk faire Kulturhauptstadt Ruhr 2010.

E&W: Haben die 54 Kommunen der Ruhr-Region alle gleich mitgemacht?

Dwors: Nein. Im Gegenteil. Da gab es seitens vieler Stadtvertreter schon Bedenken und auch Hindernisse. Bis wir die ersten Unterschriften zusammenhatten, schleppte sich das Ganze ganz schön hin. Kurz vor der Deadline der offiziellen gemeinsamen Unterzeichnung am 12. Juni 2010, dem Tag gegen ausbeuterische Kinderarbeit, hatten wir gerade mal die Hälfte der Unterschriften zusammen – doch dann ging es plötzlich ganz schnell.

E&W: Was sind die nächsten Schritte des Netzwerks?

Dwors: Wir wollen die Arbeit des Netzwerks, in dem viele Nichtregierungsorganisationen, Vereine, Ehrenamtliche sowie Vertreter aus Ämtern, Politik und Wirtschaft mitarbeiten, ausweiten. Mit

Foto: imago

Jeder Verbraucher kann im Weltladen oder Supermarkt fair gehandelte Produkte erwerben. Auch Kommunen können fair einkaufen.

Child Learn Marathon gegen Kinderarbeit

Gewerkschaften und Kinderrechtsorganisationen rufen zu einem internationalen Marathon gegen Kinderarbeit am 16. Juni im niederländischen Schimmert nahe Maastricht auf. Erwachsene können entweder die komplette Strecke von 42,2 km oder den Halbmarathon (21,1 km) laufen. Strecken für Kinder sind: 750 m (Sechs- und Siebenjährige), 1500 m (Acht- und Neunjährige), 2250 m (Zehn-, Elf- und Zwölfjährige). Die GEW unterstützt die Teilnahme ihrer Mitglieder durch die Übernahme der Teilnahmegebühr und einen Zuschuss für die An- und Abreise nach Schimmert.

www.gew.de/Marathon_gegen_Kinderarbeit.html

dem Kampf gegen Kinderarbeit ist es ja nicht getan. Es reicht auch nicht, den Kommunen zu sagen: Toll, ihr habt jetzt unterschrieben – aber wir sind dann mal weg. Nein, das Netzwerk hat weitere Aufgaben vor sich: Wir wollen die Menschen für fairen Handel und generell ein nachhaltigeres Konsumverhalten sensibilisieren. Und die Kommunen weiter beraten, wie sie ihr Beschaffungswesen umstellen und fair einkaufen können.

E&W: Fällt das der öffentlichen Hand denn so schwer?

Dwors: Ja. Etliche Kommunen brauchen diese Unterstützung. Denn es ist mitunter nicht einfach, sich im Paragrafendschungel der öffentlichen Ausschreibungen zurecht zu finden – auch für die Experten in den Beschaffungsämtern. Dort herrscht oft auch Unsicherheit: Viele Ämter fürchten, dass Ausschreibungsverlierer klagen, sie seien benachteiligt worden. Wir bereiten die Beschaffer darauf vor, wie die Ausschreibung zu formulieren ist, damit es erst gar nicht zu juristischem Streit kommt.

E&W: Können sich finanzschwache Kommunen faire Produkte überhaupt leisten?

Dwors: Ja, obwohl in der Ruhr-Region viele Kommunen an leeren Kassen leiden und nur über Nothaushalte wirtschaften. Dort wird schon gefragt, ob man sich das teurere, wenngleich faire und nachhaltigere Angebot leisten kann. Andererseits muss fairer Konsum nicht zwingend teurer sein. Will eine Stadt den Platz vor dem Rathaus mit fairen Natursteinen pflastern, kann sie ihn so gestalten, dass ein paar Reihen Steine weniger notwendig sind – und schon werden die Mehrkosten kompensiert.

E&W: Und wie bringt man die Idee einer fairen Metropole an die Endverbraucher?

Dwors: Indem wir uns auch an Schulen wenden – Lehrkräfte sind wichtige Multiplikatoren des fairen Gedankens. Und schließlich können ja auch Schulen fair einkaufen, etwa den Tee für die Kantine, den Kaffee für Feste oder die Schokoriegel für den Kiosk. Wir stellen Lehrerinnen und Lehrern aber auch für die jeweilige Altersgruppe der Schüler passendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung und vermitteln Experten zum Thema.

E&W: Was raten Sie anderen Organisationen, die in ihrer Stadt einen fairen Konsum anstoßen wollen?

Dwors: Sich zu vernetzen, ist ganz wichtig. Gut ausgebildete Leute zu haben, die den städtischen Angestellten im Beschaffungsamt kompetent beraten können. Und sich nicht nur an eine politische Partei zu hängen – das fordert oft automatisch den Widerstand der Opposition heraus.

E&W: Und wenn sich der Bürgermeister der Idee einer fairen Beschaffung gänzlich verweigert?

Dwors: Dann fragen Sie ihn, am besten im Beisein von Journalisten: Wollen Sie wirklich, dass Ihre Wähler über einen Rathausplatz laufen, für den sich Kinder blutig und krank geschuftet haben? Ich bin überzeugt: Er wird seine Meinung ganz schnell ändern.

Interview: Martina Hahn,
Journalistin und Autorin des Buchs
„Fair einkaufen – aber wie?“
(Verlag Brandes & Apsel, 2010)

***www.faire-metropole-ruhr.de**

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine Kindheit geben

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist Zeugnis von Armut. Vor allem aber ist sie ein Armutszeugnis **für die internationale Gemeinschaft.**

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie Fair Childhood –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu

E&W 05/2012

Ja, ich unterstütze den Kampf gegen Kinderarbeit und spende

_____ Euro ☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

Zahlungsweise ☐ monatlich ☐ jährlich

Kontoinhaber _____ Bank _____

BLZ _____ Konto-Nr. _____

Name _____ Vorname _____

PLZ, Ort _____ Straße, Nr. _____

E-Mail _____

Ich ermächtige hiermit die GEW-Stiftung, den oben angegebenen Betrag zulasten meines Kontos einzuziehen.

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an folgende Adresse:

Fair Childhood
GEW-Stiftung · Bildung statt Kinderarbeit · Kontakt: Sabine Niestroj
Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main

BaWü zahlt

(E&W 12/2011: Schwerpunkt Gesundheit)

In dem Artikel „Als Einzelkämpfer sozialisiert“ heißt es, bislang würden weder durch Schulträger noch durch die Kultusministerien die Kosten für die Supervision von Lehrkräften übernommen. Zumindest für Baden-Württemberg trifft das nicht zu: Bereits seit 1992 finanziert das Land so genannte pädagogische Fallbesprechungsgruppen (Supervisionsgruppen) für Lehrkräfte. Anbieter sind die Abteilungen Schule und Bildung der Regierungspräsidien, die speziell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer als Gruppenleitungen einsetzen. Es gibt schulinterne und offene Gruppen für Lehrkräfte aller Schularten sowie Angebote für Schulleitungen oder andere Zielgruppen. Interessierte können sich weiter informieren unter: www.rp-stuttgart.de/servlet/PB/menu/1232708/index.html

Anne Huschens, GEW Baden-Württemberg, Koordinatorin im RP Stuttgart für die Supervisionsgruppen

„Designerspielchen“

(E&W 1/2012: neues E&W-Layout)

Ich las immer gern E&W. Nun ist der törichte Trend, die Lesbarkeit von Zeitschriften durch „Designerspielchen“ zu verschlechtern, auch hier angekommen. Bedauerlich!

Rote Buchstaben kann ich selbst mit guter Brille nicht lesen! Schwarzer Druck auf grauem Hintergrund ist ebenfalls nicht „barrierefrei“.

Ilse Bröcker (per E-Mail)

„Verschenkter Platz“

Meine Meinung zum neuen Layout: viel verschenkter Platz (sinnlos breite Ränder), deutlich schlechter lesbar! Die Gesellschaft sollte sich auf ältere Arbeitnehmer einstellen. Eine stärkere Brille ist kein Allheilmittel für die Augen. Statt dunkel unterlegter Texte könnte man mit Rahmen arbeiten. Ich würde mich auch über eine größere Schrift und eine effektivere Platzausnutzung freuen.

Theres Nägler, Nuthetal

„Glückwunsch“

(E&W 2/2012: Schwerpunkt Rechtsextremismus)

Herzlichen Glückwunsch zu der umfangreichen Berichterstattung über den Rechtsextremismus. Das war dringend nötig. Ganz besonders gefällt mir der Bericht über weibliche Neonazis, deren Einfluss lange unterschätzt wurde.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung: Die Hamburger Literaturdidaktikerin Ingrid Röbbelen hat das umfangreiche Unterrichtsmaterial zu meinem (zusammen mit Frederik Hetmann geschriebenen) Neonazi-Roman „Die Nacht, die kein Ende nahm“ auf ihre Homepage gestellt: www.ingridroebbelen.de. Dort findet man es unter „Didaktisches Material“ und kann es herunterladen.

Harald Tondern, Hamburg

„Wie tickt die E&W-Redaktion“?

19 Seiten über Rechtsextreme und ihren Ismus, danke, ich verstehe sie jetzt besser! Das nächste Heft bitte über Scientology oder die Piusbrüder, dann aber bitte unbedingt 20 Seiten über die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt einschließlich E&W-Redaktion und Geschäftsführendem Vorstand, ebenso detailliert und einfühlsam. Ich wüsste zu gerne mal, wie „Sie ticken“.

Wolfgang Harnischfeger, Berlin

„Gut dokumentiert“

Der Rechtsextremismus hätte schon viel eher „auffallen“ können als erst jetzt im Zusammenhang mit der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). In dem Februar-Heft wird das gut dokumentiert. Zu ergänzen wäre der Hinweis auf die Aktivitäten der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), da sich diese speziell an die Schuljugend richten. Ich hatte zur Zeit der agitatorischen Höhepunkte der JN in Jena Mühe, nachts angebrachte und technisch perfekte Kleinplakate wieder abzuziehen. Deutlich wurde die Stoßrichtung bei dem Kleinplakat, auf dem es hieß „Rote Lehrer, wir sind euer Schrecken!“. Ich kann froh sein, dass mich die Ordnungshüter seinerzeit nicht beim Entplakatieren erwischt haben, sonst wäre ich eventuell noch angezeigt worden … wegen unerlaubter Zivilcourage.

Gregor Schwirtz, Jena

Kein „Kraftstall“

(E&W 2/2012: Diesmal“)

Das Februar-Heft mit den durchweg guten und wichtigen Artikeln zum Thema Rechtsextremismus endet auf flachstem, fast dämlich zu nennendem Niveau: Wer etwas gegen die Überflutung mit Anglo-Amerikanismen hat, wird tendenziell in der braunen Ecke angesiedelt … jedenfalls suggeriert das der Cartoon.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich bin „links“ angesiedelt und strebe keine Eindeutschung jedes fremdsprachlichen Wortes an; auch bei mir wird aus dem Vierzylinder-Verbrennungsmotor kein „Viertipfzerknalltreibling“ und aus der Garage kein „Kraftstall“. Trotzdem übersetze ich im Fall des Falles einen Coach lieber als Berater und nicht als Kutscher, von sprachlichen Entgleisungen wie „gender mainstreaming“ oder „handouts“ ganz abgesehen!

Jürgen Schütze, Krefeld

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Postfach 900409,
60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

www.hamosons.de
Umhängetasche für Lehrer
• leichtes, robustes Leder
• geräumig + Laptopfach

Nur 149 Euro. 1 Monat Widerrufsrecht.

Ihre Anzeige in der E&W
rufen Sie uns an:
0201 843 00 - 31

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Neue Kurzzeittherapie bei Burn out und Stressfolgeerkrankungen

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Kostentransparenz und Kostensicherheit: Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

Kontakt: **0049 (0)7520 927-0**
info@klinik-wollmarshoehe.de
www.klinik-wollmarshoehe.de

www.wollmarshoehe.de

NaturaMed Fachklinik
BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.9 45 72 90 · info@zybura.com · www.zybura.com

TimeTEX
HERMEDIA Verlag
Postfach 44
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66

System-Schulplaner
für Schuljahr 2012 / 2013
• Formate A4 + A5 + A6
• Flexible Formblätter für Schüler-Notenverwaltung
• bis 13 Klassen à 6 Seiten
• Tagesplan bis 10 Unterrichtsstunden
• Jahrespläne für 12/13 u. 13/14 + Stundenpläne etc.
• Einstecktasche für lose Blätter

ab 5,95 €

T: 09442 / 922 090 Besuchen Sie uns: **www.timetex.de**

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Beratung und Information
0800 32 22 32 2
(kostenfrei)

Sofortaufnahme – auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.

Unsere privaten Akutkrankenhäuser:
Schwarzwald, Weserbergland,
Berlin/Brandenburg
www.oberbergkliniken.de

Oberberg

Lesen lernen ... mehrsprachig!
Fibeln und Lesebücher aus Europa und Amerika

Lesen und Schreiben lernen in mehr als einer Sprache? Beispiele von Unterrichtsmitteln aus fünf Jahrhunderten. Vom viersprachigen ABC-Buch des 16. Jahrhunderts bis zu aktuellen zweisprachigen Arbeitsmaterialien für Schulanfänger mit Migrationshintergrund.

Katalog der Ausstellung in Brixen/ Bressanone 2011, 84 Seiten, 111 farbige Abbildungen, Schutzgebühr 12,95 € zzgl. Versandkosten.

Zu bestellen unter:
www.schulbuch-gesellschaft.de/de/rp

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D**
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: 0800-77 88 000
Vermittelt: Karin Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: *„Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"*

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332

Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Wann haben Sie das letzte Mal so gelacht?

Selbstheilungskräfte anregen
Burn Out vorbeugen
Gesundheit erLEBEN

Erfahren Sie ärztliche Kompetenz und Zuwendung in einem Gesundheitsurlaub, der vieles bewirkt! Staatlich konzess. Sanatorium §23 und §40 beihilfefähig - spezielle Angebote für Lehrkräfte-

Lönsweg 6, 37431 Bad Lauterberg im Harz, Tel. 05524 9650
service@vitalium-badlauterberg.de, www.vitalium-badlauterberg.de

3 in 1
GUTES UND SCHÖNES

Im 3in1 finden Sie 3x Gutes und Schönes:

Geschenke | Schmuck | Naturkosmetik

Neben Lavera Naturkosmetik auch Bio-Pflegeprodukte auf Basis von Sanddorn, Molke und Honig, sowie Spezialprodukte, die bei Neurodermitis und Problemhaut angewendet werden. Verschiedene Schmuck-Kollektionen mit unterschiedlichem Anspruch.

Besonders interessant:
Schmuck mit magnetischer Energie.

www.dreiineins.de

3 in 1

REISEN / KLASSENFAHRTEN

Ferienhaus in Schweden zu vermieten
Sommerhausgebiet in Mittelschwedens Seenplatte, komplett ausgestattet, bis zu 6 Personen, 800 m zum Badesee.
1. Woche 450 Euro, ab 2. Woche Bonus.
Kontakt: T: 04101 - 404 567
ulrik.ludwig@hanse.net

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
030-21805214
TRAVEL X SITE
www.travelxsite.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Berlin hotel greifswald **Berlin**
Das freundliche Hotel in Prenzlauer Berg.
Für Oberstufengruppen und Einzelreisende.
T: 030 4435283, www.hotel-greifswald.de

SCHWEDEN
- Ferienhäuser
- Blockhäuser
- Bauernhöfe

100 seitiger Katalog gratis!!!
SÜDSCHWEDISCHE FERIENHAUS-VERMIETUNG
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

Segeln in der westlichen Ostsee. Klassenfahrten auf einem schönen Segellogger für Gruppen bis 32 Pers. Segeln, Navigieren, die Reiseroute mitbestimmen. Ankern - Baden - Spaß haben. J. Kowalski, Martinsberg 6, 24941 Flensburg. **www.ryvar.de, Tel. 0461 /13238, Fax /180439**

Türkische Ägäis –
Wiege der Zivilisationen
Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de

TOSKANA anders und mehr: Führungen vom Künstler im eigenen 8 ha Kunstpark. Nahe San Gimignano. Schöne Wohnungen in der Villa, gr. Pool, viel Platz, Ruhe, bezauberndes Ambiente. Pildner, info@pievalinghe.it, T: 0039-0571-69502 Mobil: 0039-3347039129, **www.pievalinghe.it**

Berlin
Nähe Kurfürstendamm, komfortable ruhige FeWo für 2 Personen, 46 €.
T. 030/305 57 96; hverlage@t-online.de

vinculum MUNDI
Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
www.vinculum-mundi.com
Tel.: 00 33 6 74 45 83 59

SPORTJUGEND BERLIN

Berlin, Berlin
wir fahren nach Berlin!

JUGENDHOTEL BERLIN
KOMPETENT - FAIR - FREUNDLICH

- Zentral gelegenes City-Hostel, U-Bhf. direkt vor der Tür, alle Sehenswürdigkeiten sind bequem und schnell erreichbar
- Spezialisiert auf Schulklassen, Fachgruppen, Sportvereine und Sportler, Ferienfreizeiten und junge Familien
- Alle Zimmer mit Bad / WC, Einzelzimmer für Begleiter und Busfahrer
- Preis pro Person im Dreibettzimmer inkl. Frühstück: ab 20,50 €
- Aufsichtsführende Lehrkräfte gratis im Einzelzimmer (20 : 1)

Einfach anrufen: 030 - 322 10 11
jugendhotel@sportjugend-berlin.de
www.sportjugendhotel-berlin.de
Kaiserdamm 3 • 14057 Berlin - Charlottenburg

Klassenfahrt nach Budapest
Stadt der 1000 Möglichkeiten
4 Tage Flugreise ab **206 €**
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-7240 | ungarn@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

REAL-TOURS S.R.L.

Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen **ab Euro 218,00 HP.**
4 oder 6 Übernachtungen mit Ausflügen nach Ravenna, Venedig, San Marino, Urbino.

- **Busfahrten**
  zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**
- **Städtereisen** mit dem Bus, inkl. Ausflüge vor Ort
  6 Tage nach **Prag**, 6 Tage **Paris**, 7½ Tage nach **London**, 4 Tage nach **Berlin**, 4 Tage nach **München** (Preise auf Anfrage)
- **Pakete** bei eigener Anreise z.B. per Flugzeug
  nach Cesenatico, in die Toskana, zum Gardasee, nach Spanien/Katalonien, Barcelona, Madrid, Sevilla.

Nur Hotelunterbringungen bei eigener Anreise sind bei allen in unserem Katalog angegebenen Reisezielen möglich.

Bitte fragen Sie nach unserem aktuellen Katalog 2012.

Einzelheiten zu unseren Reisen, Daten, Preisen und Programmabläufen finden Sie auch im Internet unter **www.real-tours.de**

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Klassenfahrt nach Berlin

... wir fahren nach Berlin!

4 Tage Busreise ab 103 €

Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7110 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

MESO

HISTORISCHE ZEILVAART HARLINGEN

Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer

Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.

Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:

Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654
www.historischesegelfahrt.de

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Wilmersdorfer Str. 94
Tel. (030) 21 23 41 90 10629 Berlin

AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen

Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl

Klipper DE HOOP****

Schullandheim Tagungshaus

Direkt am Elbe-Lübeck-Kanal
T: 040 428985-233
F: 040 428985-234
www.HausLankau.de

Studienreisen Patrick Jung

SPANIEN • ITALIEN

Studien- / Klassenfahrten mit Bus oder Flugzeug

Nähe Barcelona Nähe Venedig → direkt am Meer

5 - 8 Tage ab 260,- €

• mit HP im 2- oder 3-Sterne-Hotel •
• Transfer, Bus vor Ort •
• individuelle Programme •
• Bootsfahrt •
• Ausflüge/Besichtigungen mit Führung •

Telefon: (02 21) 9 43 54 11
studienreisen-jung@netcologne.de
www.studienreisen-jung.de

Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE

Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

anerkannt vom DSV
anerkannt vom DMYV
Mitglied im VDS

www.ostwind.com

03.10.-30.04.
5 Tage Übernachtung/ Vollpension 79,- €

OSTWIND SEGELSPORT GmbH
Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

Klassenfahrten maßgeschneidert

www.cts-reisen.de

Gruppen- und Studienreisen GmbH

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind zu Fuß oder mit dem Bus erreichbar.

AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!

Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.

das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Jugendherberge Ostfriesland

- 5 Tage HP ab 99 € p. P.
- alle Zimmer mit DU/WC
- max. 3-6 Bettzimmer
- Besichtigung des Schöpfwerks in Emden
- Wattwanderung durch UNESCO Weltnaturerbe
- Tagesfahrten zur Nordseeinsel Norderney

Tel. 04931 - 936575
Norddeicher Str. 29/31
26506 Norden-Norddeich

info@jugendherberge-ostfriesland.de
www.jugendherberge-ostfriesland.de

Hof Kirchhorst

ab 115,- €/Schüler

www.hof-kirchhorst.de

Klassenfahrten London

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–

cjd

Erlebnis–Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz

Teamentwicklung für Schulklassen:
- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor–Camp / GPS–Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16 www.cjd-malente.de info@cjd-malente.de

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

ENGLAND

www.s-e-t.de
Tel: 0421–308820

S-E-T

- Top-Unterbringung • Top-Programm • Shakespeare

Der Spezialist für Klassenfahrten England

- London, Oxford, Canterbury, Hastings, Eastbourne...

Diesmal

Cartoon: Freimut Woessner